Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1288.

Organ für das werktätige Volk

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 236 | Dresden, Mittwoch den 8. Oktober 1924 | 35. Jahrg.

Friedensgedanke und Reaktion

Von Paul Löbe

Am Montag abend fanden in Potsdam mehrere Versammlungen statt, die von pazifistischen Organisationen einberufen waren und zu mächtigen Kundgebungen für Frieden und Freiheit wurden. Es sprachen außer Genossen Paul Löbe noch zwei französische Gäste: Fernand Buisson und Professor Viktor Basch, dem Helds Regierung in Bayern das Reden verboten hatte. Die reaktionären Verbände Berlins hatten geschworen, daß die beiden Franzosen im heiligen Potsdam nicht reden sollten. Wie die Kundgebungen verliefen, darüber berichtet Genosse Löbe in folgendem Artikel.

Potsdam ist zu einer glänzenden Feuerprobe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold geworden. Stahlhelm, Jungdeutscher Orden, Vereinigte Vaterländische Verbände und selbst die Deutschnationale Volkspartei hatten dem Banner einen Waffengang angeboten, von dem man nicht recht wußte, ob er mit geistigen oder mit körperlichen Waffen ausgefochten werden sollte, trotz dem pazifistischen Anlaß, an dem der Streit sich entzündete. Als der friedensfreundliche Pariser Professor Basch als Redner für Potsdam angekündigt wurde, rückten die Getreuen, die nie davon erfahren, daß der Alte Fritz im Schlosse Sanssouci nur französisch gesprochen hat, mit starken Sprüchen und grimmigen Drohungen an. „Der Stahlhelm wird diesen Schlag gegen deutsche Ehre hier in Potsdam nicht zulassen", so lautete die erste Ankündigung. „Es geht um Potsdams Namen. Wir werden den Weg finden, um am Montag diese unerhörte Beleidigung abzuwehren", fügten die Vaterländischen Verbände stolz hinzu. „Wir erheben gegen solche Frechheit Protest", meinte der Jungdeutsche Orden. Und die Deutschnationale Volkspartei schloß sich drohend an: „Es ist vaterländische Pflicht, diese Verhöhnung in Potsdam nicht zuzulassen."

Montag abend sollten wir geschlachtet werden, am Sonntag drang die Kunde davon erst nach Berlin, für die Mobilisation der Abwehr war also nicht mehr viel Zeit übrig. Trotzdem hieß es sofort: Reichsbannerleute vor die Front! Und von Montag nachmittag 5 Uhr an rollten von den verschiedenen Bahnhöfen Berlins aus die Trupps nach Potsdam. Das Banner Schöneberg nahm 6,15 Uhr nachmittags den bedrohten Redner und den Schreiber dieser Zeilen in seine Mitte und traf gegen 7 Uhr am Bahnhof Potsdam ein, wo andre Abteilungen aus Berlin und die neugegründete Potsdamer Gruppe selbst Bahnhofsdienst eingerichtet hatten. Unter starker Bedeckung, aber in losen Gruppen, um die polizeiliche Abwehr gegen etwaige Ruhestörer nicht zu erschweren, durchzogen wir die Stadt von einem Ende zum andern. Jeder sah das große Aufgebot, jeder erkannte an den schwarzrotgoldenen Kokarden und Armbinden seinen Charakter. Jeder mußte wissen, um wen es sich handelt. Aber kein Wort wurde laut, keine Hand erhob sich. In langen Spalieren standen die Reichsbannermannschaften vor dem Gewerkschaftshaus und einem zweiten Lokale, diszipliniert, ohne Aufregung, eine Mauer um den gefährdeten Versammlungsort. Unbehelligt zogen wir alle ein, auch der 83jährige Buisson, der von wenigen Bannerleuten begleitet war.

Inzwischen entwickelte sich der „Feind". Ich kann keine Garantie übernehmen, hörte aber aus polizeilichem Munde, daß ganze 35 Berliner Stahlhelme zur Unterstützung angerückt waren. Etwa das Zehnfache betrug die Zahl der einheimischen Krieger, die sich zu dem verschwiegenen „Appell am grünen Gitter" eingefunden hatten. Zu ihnen gesellten sich, als sie nach unserm Versammlungslokal marschierten, etwa 2000 nationalistische Sympathiker, die um das Gewerkschaftshaus Aufstellung nahmen. Hier trafen sie auf die Rotten des Reichsbanners und starke Patrouillen der Schutzpolizei. Da Stahlhelm und Werwolf aber nur gefährlich sind, wenn gerade kein Gegner da ist, verlegten sie sich auf gemäßigtere Angriffsformen. Sie mögen trotz ihrer antisemitischen Herkunft wohl an die Geschichte Judas und an die Mauern Jerichos gedacht haben, denn sie fingen zu singen an. Während drin Basch unter stürmischem Beifall seine feurige Rede hielt, versuchten sie durch die „Wacht am Rhein" und den „Siegerkranz" die Mauern des Gewerkschaftshauses zum Wanken zu bringen. Als das nicht gelang, ließen sie rund herum etwas fallen, was neuerdings zu den ritterlichsten Waffen unsrer Gegner geworden zu sein scheint, nämlich Stinkbomben. Im Saale hat man davon nichts gemerkt. Die Demonstranten selbst und leider auch die Polizeibeamten mußten es empfinden, in wie schlechten Geruch Potsdam gebracht wurde. Damit war aber auch die Tapferkeit der Angreifer erschöpft. Ein Wort der Anerkennung verdient die Polizei, die geschickt und taktvoll ihre Aufgabe erledigte. Sie half die Versammlung sichern und sorgte mit dafür, daß ein Angriff auf den fremden Gast unmöglich wurde, der natürlich sehr verhängnisvolle Folgen hätte haben müssen.

Als der Zweck der Versammlung erfüllt war, rückten Zug um Zug die Reichsbannerleute ab. Sie sorgten durch ihre Haltung dafür, daß es in der tiefen Dunkelheit der Straßen nicht zu einer ungewollten Reibung mit der Polizei kam, die natürlich Mühe hatte, unter den vielen uniformierten Menschen diejenigen auseinanderzuhalten, die stören wollten, und die andern, die die Störung zu verhindern trachteten. Mit dem letzten Glied, das den Bahnhof betrat, rückte die Führerschaft des Reichsbanners erst ab. Sie hatte die Gewißheit, daß sie dem Gesetze der Republik und der Freiheit der Rede Respekt verschaffen half, ohne daß sich der geringste Zwischenfall ereignete. Die rasche Mobilisation, das disziplinierte Auftreten und die frohe Begeisterung der Bannerleute legten glänzendes Zeugnis ab dafür, was in den zehn Monaten seiner Existenz erreicht wurde.

Mit einer Träne im Knopfloch klagt am andern Morgen der Berliner Lokalanzeiger: „Das konnte passieren! Ein Franzose hat in Potsdam über die Kriegsschuld gesprochen! Man stapft voller Scham durch das Dunkle." Wir wissen euern Schmerz zu würdigen.

•

Potsdam und die Volkspartei

Die volksparteilichen Abgeordneten Buchhorn, Hollmann und Held haben im preußischen Landtag folgende Kleine Anfrage eingebracht:

„Das Auftreten des französischen Pazifisten Basch hat auf weite Kreise des preußischen Volkes wie eine Herausforderung gewirkt, denn Potsdam ist mehr als jede andre Stadt eine Art nationales Heiligtum, von dem aus Preußens Aufstieg in die Welt begonnen hat. Dort in dieser Zeit, da die Geister von hüben und drüben begreiflicherweise noch gegeneinander stehen, einen Franzosen sprechen zu lassen, bezeugt einen bedauerlichen Mangel an Verständnis aller an dieser Veranstaltung Beteiligten für die seelische Einstellung unsres Volkes. Ist das Staatsministerium dazu bereit, in Zukunft dafür Sorge zu tragen, daß das preußisch-deutsche Nationalempfinden durch derartige Herausforderungen nicht unnötig wieder verletzt wird?"

Hoffentlich erteilt das Preußische Staatsministerium diesen Volksparteilern, die nichts Eiligeres zu tun hatten, als ihren deutschnationalen Gesinnungsfreunden den Rang abzulaufen, umgehend die gebührende Antwort: daß auch Potsdam kein Anrecht darauf hat, ausschließliches Paradefeld der Hakenkreuzler und Stahlhelmler zu sein.

•

Basch an die Stahlhelmler

Der französische Professor Victor Basch, der am Montag in Potsdam gesprochen hat, richtet an die Vorsitzenden der Vaterländischen Verbände des „Stahlhelms", des „Bismarck-Bundes" usw. einen Offenen Brief, in dem er sie zu einer öffentlichen Diskussion in einem Berliner Saale einlädt. „Wir würden so beweisen, daß es selbst den ausgesprochensten Gegnern möglich ist, mit Ruhe und Vernunft die heikelsten Fragen zu erörtern." Auf die Antwort kann Prof. Basch lange warten. Er kennt die deutschen Hakenkreuzler noch zu wenig, wenn er annimmt, daß sie mit Ruhe und Vernunft diskutieren können. Sie haben weder Ruhe noch Vernunft, sondern nur ein überlebensgroßes freches Maul, Gummiknüppel und Revolver als Argumente.

•

Der „dumme August"

Die deutschen Moskauer werden immer zum dummen August für die Reaktion, die sich über den Töpel freut, der so tut, als ob er den ganzen Laden zusammenhaut. Doch selten hat sich die völlige Geistesverwandtschaft der Kommunisten und der Deutschvölkischen so kraß offenbart wie anläßlich der vorgestrigen Veranstaltung der Liga für Menschenrechte in Potsdam. In der Roten Fahne wurde ganz im Stil der „Vaterländischen Verbände" gegen Prof. Basch gehetzt, der als „Agent des französischen Imperialismus" beschimpft wurde. Ebenso hetzte das Kommunistenblatt gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, das nach dem Vorbild der Deutschen Tageszeitung als Noske-Garde bezeichnet wurde. Dies alles wurde in einem Augenblick geschrieben, wo die „Vaterländischen" zu einer Kraftprobe in Potsdam rüsteten und auch der kommunistische „dumme August" hätte einsehen müssen, daß alles darauf ankam, den frechen Vorstoß der Nationalisten zurückzuweisen. Die Kommunisten jedoch zogen es vor, den Völkischen zu Hilfe zu eilen, getreu ihrem Prinzip, der Reaktion die Steigbügel zu halten.

Heute ist die Rote Fahne genau so enttäuscht über den Erfolg der Friedenskundgebung in Potsdam wie ihre deutschnationalen Bundesgenossen und sucht ihrem Ärger durch erneutes Schimpfen auf Prof. Basch und auf das „Reichsbanner Noske" Luft zu machen. Es genügt wohl, wenn wir diese neueste Leistung des dummen August niedriger hängen!

•

Das Redeverbot für Basch in Bayern

München, 7. Oktober. Zu einer Erklärung des Professors Basch, daß er trotz dem Verbote der bayerischen Staatsregierung auch in Nürnberg sprechen werde, erfährt die Telegraphen-Union von zuständiger bayerischer Stelle, daß zwar die Versammlung der Liga für Menschenrechte in Nürnberg nicht verboten, aber dem Professor Basch unter keinen Umständen erlaubt ist, in Nürnberg öffentlich aufzutreten und zu sprechen. Dem französischen Professor stehe es lediglich frei, als Privatmann nach Nürnberg zu fahren.

Macdonald gegen deutsche Unternehmertaktik

Parteitag der Arbeiterpartei

S. **London**, 7. Oktober. (Eig. Drahtb.)

Der Parteitag der Labour Party wurde am Dienstag in Anwesenheit des gesamten Kabinetts und einer Reihe ausländischer Gäste, darunter Bernstein und Kautsky, von Macdonald, der unter stürmischem Beifall zum Vorsitzenden gewählt wurde, eröffnet. Für die deutsche Arbeiterschaft sind folgende Worte seiner Eröffnungsrede von besonderer Bedeutung: Es sei zu hoffen, daß der Sachverständigenplan mit seiner Kontrollmaschinerie Europa zur Vernunft zurückbringen werde. Die Methode, Deutschland zu strafen, hat zwar Deutschlands Bedeutung als Konkurrent vermindert, dadurch aber England geschwächt. Wir müssen uns mit Deutschland als Konkurrenten abfinden. Auf eines müsse besonders aufmerksam gemacht werden: **die deutschen Unternehmer benutzen die Notwendigkeit, Reparationen zu zahlen, als Vorwand, auf die Löhne zu drücken, die Arbeitsstunden zu verlängern und die Ausbeutung der deutschen Arbeiterschaft zu verstärken.** Das sei keine der notwendigen Folgen der Reparation. Macdonald hofft, daß die Arbeiterschaft andrer Länder nicht auf den Leim gehen und **dieser typisch kapitalistischen Ausrede für die Unterdrückung der deutschen Arbeiterschaft keine moralische Unterstützung gewähren werde. Die gesamte Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt sei moralisch verpflichtet, den Kampf der deutschen Gewerkschaften um das im Gefolge der Ruhrbesetzung und der Micumverträge verlorene Terrain zu unterstützen. Die niedrige Lebenshaltung in Deutschland sei nicht nur eine Bedrohung für Zentraleuropa, sondern für die Lebenshaltung der Arbeiterschaft in allen übrigen Ländern.**

Die Arbeiterregierung kapituliert nicht

In schärfsten Worten wendete sich Macdonald gegen den Parteikommunismus. Niemals sei es der Arbeiterbewegung notwendiger gewesen, die Stimme der Demokratie zu erheben. **Die Arbeiter müßten mit allen Mitteln gegen die Methoden der Diktatur, der Verschwörungen und der Gewaltanwendung kämpfen.** Der Parteikommunismus sei ein Produkt des Zarismus und der Kriegsmentalität. Zum Schluß wandte sich Macdonald der gegenwärtigen politischen Situation zu. Er nannte den liberalen Antrag im Parlament (zur Campbell-Affäre) eine Beschimpfung, den ganzen Vorgang ein parteitaktisches Manöver, die Regierung zu kompromittieren. **Die Regierung werde nicht kapitulieren.** Komme es zu Wahlen, so treffe die Verantwortung andre. Die Wahlen sollten denen Antwort bringen, die die Parteitaktik über die Interessen der Nation gestellt hätten.

Macdonald führte weiter aus: Ich bin der Meinung, die Regierung der Arbeiterpartei wird auf die analogen Bewegungen der politischen Auffassungen in der ganzen Welt ermutigend wirken. Wir geben uns zwar nicht der Hoffnung hin, eine neue Welt herzuzaubern, hoffen aber doch, daß die alte Welt sich den neuen schöpferischen Gedanken zugänglich zeigen werde. Ich bin der Meinung, daß wir Erfolge haben. Zum Teil war zwar die Tätigkeit der Arbeiterregierung, zum Beispiel in der Arbeitslosenfrage, nur ein Flickwerk. Die Arbeitslosigkeit konnte bisher nicht beseitigt werden. Aber keine Regierung tat bisher mehr für die Unterstützung der Arbeitslosen als die Arbeiterregierung. Der nächste Haushalt, den die Arbeiterpartei vorlegen werde, werde das im letzten Haushalt begonnene gute Werk fortsetzen. Hierin bestehe vielleicht die wahre Erklärung für die Schwierigkeiten, worin sich die Regierung gegenwärtig befinde. Das zweite Budget, das die Regierung vorlegen werde, werde den beiden andern Parteien gefährlich werden.

Macdonald erklärte zum Schluß, daß die Arbeiterpartei, seitdem sie ans Ruder gelangt sei, das Opfer einer unwürdigen Politik der Liberalen gewesen sei. Jetzt sei die Zeit gekommen, diesen Versuchen einen entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen. Der konservative Mißtrauensantrag ist der Auftakt zum ehrlichen Kampf, der liberale Zusatzantrag ist von dem Geist mittelalterlicher Gemeinheit und Lust an der Folter eingegeben. Wir sollen vor der öffentlichen Meinung diskreditiert werden; wir sollen wie ein kleiner Bankbeamter, den man der Unterschlagung beschuldigt, suspendiert werden, bis ein Ausschuß unsrer politischen Gegner über uns das Urteil spricht. Ich weiß, daß das Dokument, in dem wir verurteilt werden sollen, und das man unmittelbar vor den Wahlen über den russischen Vertrag zu veröffentlichen gedachte, bereits jetzt aufgesetzt ist, noch ehe die Kommission gebildet worden ist. **Wir werden den Kampf aufnehmen, um der Regierung die Würde zu wahren, deren sie bedarf, um ihre Innen- und Außenpolitik durchzuführen.**

In einer einstimmig angenommenen Resolution sprach der Kongreß Macdonald und seiner Regierung das vollste Vertrauen aus. Er verspricht im Namen der organisierten Arbeiterschaft, dem Premierminister und der Arbeiterfraktion des Unterhauses seine vollste Unterstützung im Kampf gegen die gegenwärtigen parlamentarischen Intrigen und im eventuellen Wahlkampf alles daran zu setzen, um die Fortsetzung der Politik der Arbeiterregierung zu ermöglichen.

Reiner Tisch mit dem Parteikommunismus

S. **London**, 7. Oktober. (Eig. Drahtb.) Der Kongreß der Arbeiterpartei hat dem Antrag auf Aufnahme der Kommunistischen Partei in die Arbeiterpartei mit über 3 Millionen Stimmen gegen 90 000 abgelehnt. Mit ebenso großer Mehrheit hat er ausgesprochen, daß Kommunisten, die Mitglied der Arbeiterpartei sind, nicht als Kandidaten der Arbeiterpartei aufgestellt werden können.

•

Der König verweigert Neuwahlen?

S. **London**, 7. Oktober. (Eig. Drahtb.) Es ist bekannt, daß sowohl von liberaler wie konservativer Seite der König seit einiger Zeit beeinflußt wird, im Falle einer Niederlage des Kabinetts das Ersuchen Macdonalds um Auflösung des Parlaments abzulehnen. Diese Einflüsse scheinen nun Erfolg gehabt zu haben. Am Dienstagabend wurde in politischen Kreisen in London bestimmt behauptet, daß der König Macdonald habe informieren lassen, daß er nicht der Ansicht sei, daß das Land jetzt die Auflösung des Parlaments wünsche. Die Wirkung dieser Entscheidung des Königs würde sein, daß, wenn Macdonald zurücktritt, der konservative Führer und Vorgänger

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19241008/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Macdonalds im Amt, Baldwin, beauftragt würde, eine neue Regierung zu bilden.

Eine Bestätigung dieser Gerüchte fehlt natürlich. Man spricht davon, daß vor allem den Liberalen ein Wahlkampf im gegenwärtigen Augenblick besonders unbequem ist und daß sie fürchten, mit großer Verlusten heimzukommen. Es sei deswegen noch nicht unwahrscheinlich, daß die Liberalen ihren Antrag auf Untersuchung der Einstellung des Strafverfahrens gegen den Kommunisten Campbell zurückziehen oder doch so fassen, daß er für das Kabinett Macdonald annehmbar ist.

Die Schieber und die Geschobenen

Die Stimmen für Auflösung des Reichstags mehren sich. Selbst im volksparteilichen Lager macht man sich damit vertraut. Von den Demokraten und von Teilen des Zentrums wird sie geradezu gefordert. Nach einer Untersuchung der Situation kommt Dr. Ludwig Haas im Berliner Tageblatt zu dem Schlusse, daß angesichts der ganzen politischen Lage in Deutschland der Appell an das Volk unausweichlich ist. Und die Voss. Ztg. schreibt an vorderster Stelle:

Die Deutsche Volkspartei hat eine Lage herbeigeführt, aus der sie keinen Ausweg mehr weiß. Sie hat so glorreich manövriert, daß es kaum mehr einen anderen Ausweg gibt als den Appell an das Volk durch Auflösung des Reichstags.

Diese Auflösung ist den Deutschnationalen offenbar sehr unbequem. In ihrer Presse wird darauf hingewiesen, daß gerade jetzt außenpolitische und wirtschaftliche Fragen ersten Ranges auf der Tagesordnung stehen, deren Lösung keine Unterbrechung erfahren dürfe. Das ist zweifellos richtig.

Was ist aber in Wirklichkeit geschehen? Die Deutschnationalen haben im Augenblick keine andere Sorge, als ihre Leute im Reich und in Preußen in die Regierung zu bringen. Und diese Sorge wird brüderlich von der Deutschen Volkspartei geteilt. Mit vereinten Kräften haben diese beiden Parteien den jetzigen Krisenzustand geschaffen. **Sie sind dabei offenbar weniger die Schieber als die Geschobenen.** Hinter ihnen stehen drängend und drohend mit Zuckerbrot und Peitsche die Wirtschaftskreise, die ihre Gunst und Unterstützung davon abhängig machen, **daß ihre Stipendien eine entsprechende praktische Auswirkung erfahren,** d. h., daß Deutschnationale und Deutsche Volkspartei als ihre Werkzeuge die politische und wirtschaftliche Konsolidierung in eigene Regie nehmen, nachdem die Koalition der Mitte die Gefahr des Zusammenbruchs und der Reichszerstörung gebannt hat.

Die Voss. Ztg. legt damit den Finger in die Wunde: Hinter dem Geschrei nach dem volksparteilich-deutschnationalen Bürgerblock — der, wie die Voss. Ztg. sagt, eine „einseitige Klassenherrschaft" wäre — steht das Großkapital, das von den beiden Rechtsparteien die politische Verzinsung für die schwerindustriellen Zuwendungen fordert. Die volksparteiliche Phrase von der „Volksgemeinschaft" ist der dümmste Köder, auf den Wähler je angebissen haben.

Hergt vor neuen Klippen

Die vom Reichskanzler als Grundlage für die weiteren Verhandlungen in der Regierungsfrage entworfenen Richtlinien, die vom Kabinett einschließlich Stresemanns und Jarres' gutgeheißen worden sind, werden den Parteien heute Mittwoch früh zugestellt, damit diese sie bei ihren Fraktionssitzungen, die bereits vormittags 10 Uhr beginnen, besprechen können. Ueber den Inhalt dieser Richtlinien wird bekannt, daß sie als selbstverständliche Voraussetzung für eine Koalition der Volksgemeinschaft das grundsätzliche Bekenntnis zur gegenwärtigen Staatsform und zur Weimarer Verfassung erklären. Das Londoner Abkommen soll die richtgebende Grundlage für die Führung der äußeren Politik sein. Daraus ergibt sich als selbstverständlich die loyale Durchführung der Dawes-Gesetze. Innerpolitisch soll eine gerechte Verteilung der steuerlichen Lasten erfolgen unter Berücksichtigung der sozial schwächeren Schichten des Volkes. Auch Zolltarif- und Wirtschaftsfragen enthalten die Richtlinien. Die Richtlinien sind ein Programm in großen Umrissen; Detailfragen sollen eventuell in einem späteren Stadium behandelt werden.

*

Bedrohung des europäischen Friedens

Amsterdam, 7. Oktober. (Eig. Drahtb.) Das „Allgemeen Handelsblad" schreibt zu der deutschen Regierungskrise, den Angelpunkt des europäischen Geschehens bilde die Frage, ob das unhaltbar gewordene Reichskabinett Marx von einer Regierung abgelöst wird, die zur internationalen Zusammenarbeit und zu einer Verständigungs- und Versöhnungspolitik bereit ist, oder ob die Vertreter der revanchesüchtigen Rechtsparteien die Regierungsgeschäfte übernehmen. Die Folgen wären nicht zweifelhaft: eine deutschnationale Regierung, oder eine Regierung die unter überwiegendem deutschnationalen Einfluß steht, werde eine sofortige Verschärfung der Beziehungen Deutschlands zum Auslande zur Folge haben. **Eine derartige Regierung müsse als eine ernste Bedrohung des europäischen Friedens wirken. Schon die deutschnationale Formel für die Teilnahme an der Regierung, „um auf Auslegung, Handhabung und Verbesserung des Dawes-Planes Einfluß ausüben zu können", bedeute nichts andres, als eine Umschreibung für die Absicht der Sabotierung des Sachverständigenplanes.**

Bolschewistische Folter

Appell an die Sowjetregierung

Folgender „Appell an die Demokratien Westeuropas und an die Sowjetregierung" geht uns zur Verbreitung zu:

„Aus den russischen Kerkern dringt ein Verzweiflungs- und Hilferschrei nach Westeuropa herüber, der nicht ungehört verhallen darf, wenn nicht das Wort Menschlichkeit ein leerer Wahn sein soll.

Auf den Solowetzki-Inseln (Teufelsinseln) im Weißen Meer, im Bezirke des nördlichen Polarkreises, sind nun schon im zweiten Jahre mehr als 400 russische Sozialisten interniert, die furchtbar unter dem mörderischen Klima, der mangelhaften Ernährung und der brutalen Behandlung leiden. Nach den an die Auslandbelegation der Sozialdemokratischen Partei Rußlands gelangten Nachrichten sind 45 Prozent der Gefangenen an Skorbut und Tuberkulose erkrankt, drei Gefangene wahnsinnig geworden, sechs Gefangene Ende vorigen Jahres aus dem nichtigsten Anlaß von der Wache erschossen worden!

Die Zustände in den überfüllten Kerkermauern, einem alten ehemaligen Kloster, waren bereits vor Monaten so fürchterlich geworden, daß die Gefangenen erklärten: „Wir werden diesen zweiten Winter nicht überleben", und — vergebens! — in den Hungerstreik traten. Vergebens auch erhoben sie die flehentliche Forderung, irgendwo andershin transportiert zu werden, um nicht in dem dumpfen, eisigen Kerker bleiben zu müssen. Die bolschewistische Regierung hat vielmehr seitdem weitere Nachschübe politischer Gefangenen nach den Solowetzki-Inseln und den noch weiter nördlich liegenden Anserski-Inseln geschickt, die dort dem gleichen Schicksal des langsamen Verhungerns und Erfrierens preisgegeben sind.

Wir Unterzeichneten sind der Meinung, daß diese Art der Internierung und Behandlung politischer Gefangenen — gleichviel, was ihnen die russische Regierung zur Last legen mag — gegen alle Gebote der Menschlichkeit und der politischen Moral verstößt und deshalb dem schärfsten Einspruch aller derer finden muß, die es für ihre Pflicht halten, gegen die Barbarei ihres Zeitalters anzukämpfen.

Wir übergeben deshalb diese skandalöse Behandlung politischer Gefangenen dem Urteil der Oeffentlichkeit und richten, zugleich im Namen aller Gleichgesinnten die dringliche Aufforderung an die Sowjetregierung, schleunigst dafür zu sorgen, daß die Opfer einer solchen Barbarei nach einem geeigneteren Ort verbracht und einer Verpflegung und Behandlung teilhaftig werden, die eines Kulturstaats würdig sind.

Ferner bitten wir, ohne jeden Verzug eine Sammlung vorzunehmen, die es ermöglicht, für die Kranken und Entkräfteten so rasch als möglich Lebensmittel und Kleidungsstücke zu beschaffen. Die Beträge nimmt entgegen: Dr. Paul Hertz, M. d. R., Charlottenburg 5, Neue Kantstraße 3.

Wir hoffen dringend, daß dieser doppelte Appell an die Sowjetregierung und die Freunde der Menschlichkeit in Westeuropa nicht ohne Erfolg bleiben wird!

Eduard Bernstein, M. d. R., Helmut v. Gerlach, Paul Hertz, M. d. R., Karl Kautsky, Dr. Rudolf Hilferding, M. d. R., Paul Löbe, M. d. R., Heinrich Ströbel, M. d. R., Professor Dr. Walter Schücking, M. d. R., Chefredakteur Stivin, Prag, Dr. h. c. Freiherr v. Schönaich, Dr. Hugo Preuß, Reichsminister a. D., M. d. L., Paul Hirsch, Staatsminister a. D., F. Wachhorst de Wente, M. d. L., Graf Harry Keßler, Professor Dr. Ludwig Quidde, Otto Ruschke, M. d. L., H. Golay, Generalsekretär des Internationalen Verbandes der Friedensgesellschaften, Schweiz, Arno Holz."

Frankreich und die Deutschland-Anleihe

P. **Paris,** 7. Oktober. (Eig. Drahtb.) Am Dienstag fand im Auswärtigen Amt unter dem Vorsitz von Herriot und im Beisein des Finanzministers Clementel eine Konferenz von französischen Bankiers statt, die sich mit der Frage der Zeichnung des französischen Anteils an der 800-Millionen-Anleihe für Deutschland befaßte. Sie dauerte nahezu drei Stunden. Es handelte sich darum, 1. festzustellen, ob Frankreich grundsätzlich bereit sei, an der Zeichnung teilzunehmen, 2. um die Höhe der französischen Beteiligung — man spricht von 70 Millionen Goldmark —, 3. ob dieser Anteil in den öffentlichen Verkehr gebracht werden soll oder in den Portefeuilles der französischen Banken behalten werden soll.

Es wurde schließlich beschlossen, eine Delegation von französischen Bankiers nach London zu entsenden, um über die verschiedenen Fragen mit den angelsächsischen Bankiers und mit den Vertretern des Reiches, Reichsfinanzminister Luther und Reichsbankdirektor Schacht, mündlich zu verhandeln. Wie wir hören, verlief die Aussprache in korrekten und höflichen Formen, obwohl das Verhältnis zwischen der Regierung und den Großbanken seit dem Umschwung vom 11. Mai und seit dem französischen Regierungswechsel ein recht gespanntes ist. Man glaubt jedoch, daß schließlich die Banken, ohne sich diesen Dienst allzu teuer von der Regierung bezahlen zu lassen, eine Beteiligung an der Deutschland-Anleihe zustimmen werden.

Kleine politische Nachrichten

Die Liberalen gegen die Faschisten

Rom, 7. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) **Der Parteitag der** italienischen Liberalen in Livorno lehnte mit starker Majorität ein **Kompromiß mit den Faschisten ab.** Mit 22 812 gegen 8005 Stimmen bei 3000 Stimmenthaltungen sprach sich der Parteitag für die Rückkehr zur traditionellen liberalen Politik unter genauer Achtung der Verfassung aus. **Nach der ablehnenden Rede,** die Mussolini zu Beginn des liberalen Parteitages in Mailand gehalten hatte, war ein anderes Ergebnis über die künftige Haltung der Liberalen kaum zu erwarten.

Zweierlei Mordsühne

Wenn in asiatischen Ländern ein Angehöriger einer Großmacht getötet wird, so wird nicht nur in der Regel eine Massenhinrichtung der am Mord irgendwie Beteiligten, sondern auch eine schwere Geldsühne verlangt. Die persische Regierung hat der Witwe des ermordeten amerikanischen Konsuls 60 000 Dollar (¼ Million Goldmark) zahlen müssen. Wenn in Amerika ein Perser ermordet wird, kräht kaum ein Hahn darum.

Die Kämpfe um Schanghai

Aus China wird gemeldet: Die Kämpfe um Schanghai scheinen trotz des Uebergewichts der Kiangsu-Truppen noch weit von der Entscheidung. Es finden nur unbedeutende Gefechte statt. Die Tschekiang-Truppen leiden unter Munitionsmangel.

Im Norden soll die zweite Tschiliarmee bei Lingjuam eine schwere Niederlage erlitten haben. Die Schlacht dauerte mehrere Stunden und endete mit einer regellosen Flucht der Streitkräfte der Pekingregierung, die große Geschützbestände, sowie 10 000 Gefangene den Siegern überließ. Die Truppen Tschangtsolins befänden sich im siegreichen Vormarsch nach Peking.

Der Ruf nach Abrüstung

Die Generäle auf dem Weltfriedenskongreß — Für das Recht der Kriegsdienstverweigerung

D. **Berlin,** 7. Oktober. (Eig. Drahtber.)

Die Dienstagssitzung des Weltfriedenskongresses wurde um 10 Uhr vom Vorsitzenden Prof. Quidde eröffnet. Zunächst ergriff das Wort der Delegierte Petersen, Dänemark, und machte einige Ausführungen über den **geistigen, moralischen und wirtschaftlichen Minoritätenschutz.** Dieser sei in Dänemark bereits durchgeführt. Die deutschen Kinder in Dänemark seien zwar berechtigt, aber nicht verpflichtet, den Unterricht in dänischer Sprache zu erhalten. Die dänische Regierung wünsche, daß diese Grundsätze auch in den andern Ländern durchgeführt würden. Hierauf gab Prof. Oestreich einen kurzen Rückblick über die internationale Geschichtstagung und wies darauf hin, daß Siegfried Kaweraü einen ausführlichen Bericht über den Verlauf der Tagung veröffentlichen wird. Dr. Elisabeth Rotten machte einige Ausführungen über die geistige Abrüstung, die der militärischen vorangehen müsse. Wichtig sei dafür die internationale pädagogische Zusammenarbeit. Die Abschaffung des Waffenkrieges sei nur ein Teilproblem; das ganze öffentliche Leben sei ein verkappter innerer Krieg.

Um 12 Uhr nahm Dr. Hans Wehberg das Wort zu seinem Hauptreferat über

das Abrüstungsproblem.

Der Begriff Verteidigungskrieg enthält nur einen Vorwand für kriegerische Maßnahmen. Nur eine radikale Abrüstung ist imstande, jede Kriegsgefahr zu verhüten. Auch beschränkte Rüstungen, die etwa Verteidigungszwecken dienen sollen, bergen Kriegsgefahren und führen zu Militärbündnissen, diplomatischen Verträgen usw. Von äußerster Wichtigkeit ist ferner die Erziehung der Jugend im Geiste der Völkerverständigung. Eine allgemeine europäische Abrüstung würde auch die nationalistischen Minderheiten in den verschiedenen Ländern entwaffnen. Wir müssen uns gegen alle Garantie- und Bündnisverträge erklären. Ein Krieg erfordert in jedem Falle so ungeheure materielle, geistige und gesundheitliche Opfer, daß sie auch durch einen siegreichen Ausgang nicht aufgehoben werden. Die Abrüstung hat nicht nur ein negatives Ziel, sondern auch ein positives in der Erhaltung des allgemeinen Vertrauens auf Frieden. Kein Mitgliedsstaat des Völkerbundes darf noch die allgemeine Wehrpflicht haben. Der Völkerbund muß auch von sich aus für einen Schutz der Kriegsdienstverweigerer in allen Ländern sorgen. In diesem Falle muß Völkerbundrecht vor Landesrecht gehen.

General Verraux, Paris,

von stürmischem Beifall begrüßt, erklärte in der Debatte, es sei keineswegs paradox, daß ein General gegen den Krieg spreche, denn gerade ein General kenne die Schrecken und das Elend eines Krieges am genauesten aus Erfahrung. Ein Krieg verursache ungeheure moralische, seelische und materielle Schäden, und der Kriegsruhm sei höchst zweifelhaft. Notwendig sei **eine ehrliche allgemeine Abrüstung, und kein Staat dürfe abwarten, bis der andre den Anfang mit der Abrüstung mache.** Auch eine noch so große Beschränkung der Rüstungen enthalte immer die Gefahr eines neuen Kriegsausbruchs, und der Krieg werde in Zukunft immer noch grauenhafter werden.

Die Friedensfreunde müßten sich mit dem Proletariat vereinigen und gegebenenfalls zur Verhütung eines Kriegsausbruchs auch einen Generalstreik unterstützen.

Die Einsetzung eines Schiedsgerichts, wie sie der Völkerbund vorhabe, dürfe nur für eine Uebergangszeit Geltung haben. Auch die Einsetzung einer Völkerbundsarmee sei verfehlt, denn eine solche werde immer nur dem stärksten Staate zur Verfügung stehen, und ebenso könnte die Einrichtung von neutralen Zonen keine Friedensgarantie bieten, zumal in Anbetracht der heutigen technischen Errungenschaften. Die Abrüstung und der Weltfrieden seien von größter Bedeutung für die Aufrechterhaltung aller Kulturwerte. Die Friedensfreunde sind in allen Ländern viel zahlreicher als die Kriegsanhänger und haben die Pflicht, immer wieder ihre Stimme ertönen zu lassen. Ganz besonders wichtig ist dabei auch die Rolle der Frauen.

General von Schönaich

unterstrich die Ausführungen seines französischen Kollegen und erklärte die alten Offiziere, die nicht den Mut hätten, auf Grund der Entwicklung umzulernen, für Narren oder Feiglinge. Der radikalen militärischen Abrüstung müsse die Abrüstung der Köpfe vorangehen. Die Abrüstungskontrolle sei zwar durch die Duldung „Deutscher Tage" durch die Reichsregierung verschuldet, aber sie gieße doch nur Wasser auf die Mühlen der Nationalisten, solange sie nicht als Beginn einer allgemeinen Weltabrüstung anerkannt werde. Die heutige militärische Spielerei von sogenannten vaterländischen Organisationen sei militärisch ganz wertlos. Wir brauchen auch keine kleinen Armeen mehr, sondern nur noch vorübergehend

eine völkerbundliche Polizeiexekutive.

Erfahrungsgemäß wird jeder Angriffskrieg in einen Verteidigungskrieg umgefälscht. Die Kriegsdienstverweigerung sei ein erstrebenswertes Ziel. Von entmilitarisierten Zonen sei nichts zu halten. Radikal beseitigt werden müsse jede private Herstellung von Kriegsmaterial, und es dürfe höchstens vorläufig noch in allen Ländern eine beschränkte Rüstungsindustrie unter der Kontrolle des Völkerbundes geben.

Dr. Kurt Hiller bezeichnete **die allgemeine Wehrpflicht als die schmachvollste aller Sklavereien.** (Stürmischer Beifall.) Wir wollen den Heroismus jener, die sich dem Kriegstode aussetzen, nicht schmälern oder verkümmern, wohl aber den Wehrzwang ablehnen.

Der Staat muß ein Menschenschutzapparat sein;

sonst hat er jede Existenzberechtigung verloren. Den Wehrzwang der andern Völker lehnen wir nicht etwa aus deutschnationalen Gründen, sondern aus Gründen des Menschenrechts ab, weil durch ihr der Pazifismus in den Ländern der besiegten Völker ungeheuer erschwert und der Nationalismus geschürt wird. Für eine Völkerbundexekutive, falls sie überhaupt notwendig sein sollte, würden immer genügend Freiwillige zur Verfügung stehen. Die Uebergangszeit bis zur vollkommenen Durchführung der Abrüstung verlangt die

Sicherung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung.

Wir fordern deshalb ein Toleranzedikt des Völkerbundes. **Am höchsten steht uns die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens.** Die Dienstverweigerung braucht nicht Pflicht, soll aber das gute Recht jedes Menschen sein. Den Strafbestimmungen wegen Aufreizung zum Klassenhaß müssen die schärfsten Strafbestimmungen wegen Aufreizung zum Völkerhaß an die Seite gestellt werden. Ein Revanchehetzer gehört nicht in den Reichstag oder auf einen Universitätslehrstuhl, sondern ins Zuchthaus. In Staaten, die die Schiedsgerichtsbarkeit ablehnen, müßte allerdings die Dienstverweigerung sogar Pflicht sein. (Lang anhaltender, tosender Beifall.)

Helmuth von Gerlach will aus praktischen Gründen keine so radikalen Forderungen, wie sein Vorredner, aufstellen. Er halte beispielsweise eine radikale Abrüstung in einem Rußland benachbarten Staate heute noch nicht für ratsam, in Anbetracht der großen Gefahr des Sowjetimperialismus. Auch die gestrige Potsdamer Versammlung habe des Schutzes durch die Schupo und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold bedurft. Die Friedensbewegung dürfe nicht in eine pazifistische Akademie ausarten, sondern müsse ein Machtzentrum darstellen.

Rowntree Gillet, England, vertritt dagegen ebenfalls den Standpunkt einer radikalen Kriegsdienstverweigerung und verweist auf die Kriegsdienstgegner, die während des verflossenen Krieges unbekümmert um Gefängnis und Verfolgungen treu zu ihrem Ideal gestanden haben. Keine Gewaltanwendung könne eine Gewalttat sühnen. Der vorige Krieg sei überall als der „letzte" bezeichnet worden, aber diese Behauptung habe sich als eine Lüge erwiesen, und das Resultat sei, daß heute die ganze Welt in Trümmern liege. Eine Völkerbundexekutive sei schon deshalb abzulehnen, weil dadurch Staaten, wie Amerika und Kanada, die diese Exekutive ablehnen, außerhalb des Völkerbundes bleiben würden.

In der weiteren Diskussion, in der noch Vertreter von Deutschland, England, Amerika und Frankreich sprachen, wies der dänische Vertreter, Petersen, darauf hin, daß nicht die Sicherheitsfrage für die Abrüstung entscheidend sei, sondern umgekehrt die Abrüstung ausschlaggebend für die Lösung der Sicherheitsfrage sei. Das kleine dänische Land habe seine Pflicht erkannt, mit der Abrüstung vorzugehen, und die Mehrzahl des dänischen Volkes stimme dieser Maßnahme zu.

Nach Schluß der Debatte erfolgte die Annahme einiger Resolutionen. Bei dieser Abstimmung trugen die radikalen Kriegsdienstgegner den Sieg über eine ganz verschwindende Minderheit davon.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19241008/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Gegen den Bürgerblock

Entschließung der rheinischen Demokraten

Am Sonntag tagte in Köln der Provinzialverband Rheinland der Deutschen Demokratischen Partei. Das Hauptreferat hielt Justizrat Falk, Köln. Er gab einen Ueberblick über die mit dem Londoner Abkommen hoffentlich abgeschlossene Periode der nationalen Gefahr für das Rheinland. Die Versuche des Ministers Jarres, sich von der Schuld der „Versackungspolitik" freizusprechen, wies Justizrat Falk als einseitige Darstellung zurück. Schließlich kennzeichnete Falk die derzeitige Reichspolitik nach innen und nach außen in ihren Rückwirkungen auf die Verhältnisse in den besetzten Gebieten. Unter Zustimmung der Vertreter aller besetzten Landesteile von der Pfalz bis nach Westfalen wurde folgende Entschließung angenommen:

„Der Provinzialverband der Deutschen Demokratischen Partei in der Rheinprovinz erklärt: **Die Zusammenfassung aller verfassungstreuen, staatsbejahenden Kräfte zu einer großen Volksgemeinschaft** gibt die einzige Möglichkeit zur Gesundung des Staates, zur Erhaltung der deutschen Kultur und zum wirtschaftlichen Wiederaufbau. Der von den Rechtsparteien geforderte Bürgerblock dient nicht diesem Ziele, er bedeutet einen Rückfall in die Gedankengänge des Klassenkampfes und ist der Ausdruck des wirtschaftlichen und politischen Herrschaftsstrebens reaktionärer Kräftegruppen. Der Rechtsblock würde aber auch gerade den Strömungen einen unerträglichen Einfluß auf die Führung des Reiches einräumen, denen wir nach unsern Erfahrungen im Kampfe um die Zugehörigkeit des Rheinlandes zum Reich allerschärfstes Mißtrauen entgegenbringen müssen. Die Deutsche Demokratische Partei muß sich daher die Zugehörigkeit zu diesem Block versagen."

In einer weiteren Entschließung empfiehlt der Provinzialverband seinen Freunden den Eintritt in das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Die Neutralität der Kriegervereine

Ein Vorstoß gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Der Kriegerverein Tilsit versendet an diejenigen Mitglieder, von denen er annimmt, daß sie auch Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold sein können, ein Rundschreiben des folgenden Inhalts:

Kriegerverein. Tilsit, 27. September 1924.

Wie uns mitgeteilt worden ist, sollen Sie Mitglied des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold" sein. Da nach der Entscheidung des Deutschen Reichskriegerbundes Kyffhäuser die Zugehörigkeit unsrer Mitglieder zum „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" mit unsern Grundsätzen nicht vereinbar ist, ersuchen wir Sie ergebenst um baldgefällige Mitteilung:

1. ob Sie tatsächlich Mitglied des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold" sind;
2. ob Sie z. Z. zur sofortigen Lösung dieser Mitgliedschaft bereit sind, oder
3. ob Sie es vorziehen, die Mitgliedschaft im Kriegerverein freiwillig aufzugeben.

Sollte uns bis zum 3. Oktober d. J. keine Aufklärung zugehen, so nehmen wir dieses als Zugeständnis zu Nr. 1 sowie als Zustimmung zu Nr. 3 an und werden Sie in unsrer Mitgliederliste mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. ab streichen.

Der Vorstand.
gez. Uthicke, Vorsitzender. E. Felgendreher, Schriftführer. Simoneit, Kassenführer.

Dieses Vorgehen des Tilsiter Kriegervereins (Tilsit ist eine stramm deutschnationale Stadt) stützt sich auf einen Beschluß des letzten Vertretertages des Deutschen Reichskriegerbundes „Kyffhäuser". In der dort angenommenen Entschließung heißt es:

„Nach Pressemeldungen und Aeußerungen führender Persönlichkeiten stellt sich der neue Bund in bewußten Gegensatz zu dem Reichskriegerbund „Kyffhäuser".

Zwar steht der in dessen Satzung ausgesprochene Zweck des neuen Bundes („Zusammenfassung aller Kriegsteilnehmer, die auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehen") nicht in Widerspruch mit den Zielen unsers Bundes, da dieser sich von jeher auf den Boden der Reichsverfassung gestellt hat. In unsern Vereinen stehen Mitglieder aller staatserhaltenden Parteien friedlich Schulter an Schulter.

Die über den Rahmen seiner Satzung hinausgehende Einstellung des Reichsbanners kann aber nur als eine parteipolitische angesehen werden, die sich mit dem parteipolitisch-neutralen Standpunkt des Reichskriegerbundes „Kyffhäuser" nicht verträgt, aber auch zu dessen nationalen Bestrebungen, insbesondere der Pflege der großen Ueberlieferungen deutscher Geschichte, in schroffen Gegensatz tritt.

Deshalb ist die Zugehörigkeit unsrer Mitglieder zum Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold" mit unsern Grundsätzen nicht vereinbar.

Den Verbänden und Vereinen wird empfohlen, die Kameraden in diesem Sinne aufzuklären."

Die Behauptung, daß die Einstellung des Reichsbanners nur als eine parteipolitische angesehen werden könnte und daß sie sich nicht mit „der Pflege der großen Ueberlieferungen deutscher Geschichte" vertrage, ist eine Unverschämtheit, die sich von selbst erledigt. Die „politische Neutralität" der Kyffhäuser-Leitung scheint dieselbe zu sein, wie der famosen „Vaterländischen Verbände", die sich ja auch „überparteilich" nennen. Die Reichsbannerleute wissen wenigstens nun, woran sie sind.

Kommunistische Gewalthelden

Hamborn, 7. Oktober. Zu Tumultszenen kam es gestern in einer Versammlung der Sozialdemokratischen Partei Hamborns, in welcher der Reichstagsabgeordnete Crispien sprach. In dem dichtgefüllten Saal hatte sich eine Sturmkolonne der Kommunistischen Partei, meist junge Burschen im Alter von 17 bis 20 Jahren, eingefunden. Sie brüllten kurz nach Beginn der Versammlung den Redner nieder und schlugen mit Gummiknüppeln und sogenannten „Hampelmännern" um sich. Mehrere Personen wurden schwer verletzt. Zwei mußten blutüberströmt aus dem Saal getragen werden. Die S.-P.-D.-Leute setzten sich kräftig zur Wehr und ihren vereinigten Anstrengungen gelang es, die Kommunisten aus dem Saale zu werfen. Der Abg. Crispien, der dann seine Rede fortsetzen konnte, konnte nach Schluß der Versammlung nur unterstarkem Schutz seiner Parteigenossen das Lokal verlassen, da die Bedrohungen seiner Person auch auf der Straße fortgesetzt wurden.

Das blutige Drama Georgiens

London, 7. Oktober. Daily Telegraph erfährt aus Trapezunt, daß die Kämpfe in Georgien mit Erbitterung fortgesetzt werden. Eine Abteilung Aufständischer nahm in den Bergen der Provinz Svanethien 500 Mann der Sowjettruppen gefangen und erbeutete viele Maschinengewehre und mehrere Batterien. Die Stadt Ozurgethy wurde von den Georgiern eingenommen. Zweihundert Geiseln, die von den Bolschewisten mitgeschleppt wurden, konnten befreit werden. Georgische Streitkräfte von etwa 3000 Mann, die erneut Verstärkungen erhalten, treiben die Sowjettruppen aus den Bergen von Mingrelien und stehen vor der Festung Poti. Die Transportzüge der Strecke Batum—Tiflis wurden von den Aufständischen zu wiederholten Malen erbeutet, wobei ihnen viel Waffenmaterial in die Hände fiel. Die großen Röhrenleitungen für Petroleum sind an mehreren Stellen durch Sprengungen zerstört.

Die Sowjetregierung hat alle Schiffe beschlagnahmen lassen, um möglichst schnell Truppen nach Georgien zu werfen, da der Truppentransport auf der Kaukasusbahn zu unsicher ist. Mehr als 100 000 Mann Sowjettruppen sollen seit Beginn des Aufstandes nach dem Kaukasus entsandt worden sein. Die Einziehung der Naturalabgaben und die Requisitionen von Getreide durch die Bolschewisten stoßen auf den heftigsten Widerstand der Landbevölkerung.

Die geistige Zersetzung in der K. P. D.

Die Führer der K. P. D., die irgendwie eine geistige Rolle spielten, sind längst abgesägt und ausgetreten. Was sich heute K.-P.-D.-Führung nennt, das ist ein Haufen von Beauftragten Moskaus, die ihr Handwerk schlecht und unrecht verrichten. Aber auch in den Reihen der Intellektuellen dämmert es. In der ersten Zeit nach der Revolution hat die K. P. D. ziemliche Anziehungskraft auf gewisse intellektuelle Kreise auszuüben vermocht. Damit ist es jetzt auch vorbei. Nicht nur die Arbeiter treten in Massen aus der K. P. D. aus, auch die Geistigen, auf die unsre Kommunisten nicht wenig stolz gewesen sind, wenden sich von der Partei ab, in der die Katz, Höllein, Koenen u. a. das große Wort führen.

So hat jetzt auch der bekannte Arbeiterdichter Max Barthel der K. P. D. den Rücken gekehrt. Barthel war ein begeisterter und überzeugter Anhänger des Kommunismus und galt diese ganzen Jahre her als der offizielle Dichter der K. P. D., besonders in den Kreisen der radikalen Jugend. Max Barthel wurde nach Rußland gesandt, und hat dort mit eigenen Augen gesehen, was Diktatur des Proletariats in Wirklichkeit ist. Entsprechend seiner Natur sah Barthel die russischen Zustände nicht als Politiker, sondern als Lyriker, und schrieb zuerst überschwengliche Verse und Berichte über das neue Rußland. Von dieser Schwärmerei ist Max Barthel heute bekehrt.

Dieser Austritt eines ehemals begeistertsten Sängers kommunistischer Ideale aus der deutschen K. P. D. beleuchtet blitzartig die geistige Zersetzung, in der sich diese Partei befindet.

Aus aller Welt

Der staatsgefährliche Trompetenschall

Im zwanzigsten Jahrhundert, im fünften Jahre der deutschen Republik erläßt der Polizeidezernent von Eisenach auf eine Eingabe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, anläßlich der Bannerweihe vom 11. und 12. Oktober Platzkonzerte zu veranstalten, folgende Verfügung:

Der Stadtdirektor der Wartburgstadt. Eisenach, den 1. Oktober 1924.

Antwort auf . . . . . .
Bei der Antwort wird um Angabe der Nr. P. J. gebeten.

Auf das Schreiben vom 29. September d. J., betreffend Veranstaltung von Platzkonzerten am 12. Oktober 1924 auf dem Markt und Karlsplatz, wird Bezug nehmend auf mein Schreiben vom 12. September 1924 mitgeteilt, daß ich zu meinem Bedauern nicht in der Lage bin, die Erlaubnis zu den Platzkonzerten zu erteilen. Es handelt sich um eine Veranstaltung unter freiem Himmel, die wie eine öffentliche Versammlung geeignet ist, die politischen Gegensätze auf die Straße zu tragen, und die nach der Verfügung des Thüringischen Ministeriums vom 1. September d. J. verboten ist.

J. V.: gez. Hofferbert, Beigeordneter.

An das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold,
z. Händen des Geschäftsführers Herrn
Lindemann
Hier.
Sophienstraße 7.

Ein Kommentar erübrigt sich; bemerkenswert bleibt nur, daß der Herr Polizeidezernent selbst auf dem Standpunkt steht, daß dem Reichsbanner verboten ist, in dem abgeschlossenen Garten des Fürstenhofes die Kapelle spielen zu lassen.

Der größte Bühnenerfolg aller Zeiten ist bis jetzt das Lustspiel Charleys Tante des Engländers Brandon Thomas, dessen Todestag sich in diesem Jahre zum zehnten Male jährt. Das Stück wurde in London in den Jahren 1892 bis 1896 ohne Unterbrechung täglich aufgeführt. Es wurde in fast alle Sprachen übersetzt und in allen Ländern der Erde aufgeführt. Die Einnahmen, die Brandon Thomas aus diesem Werk hatte, wurden viele Jahre hindurch auf 10 000 M. täglich geschätzt. In England gibt es zahlreiche Schauspieler, die in ihrem Leben nichts andres als Rollen aus Charleys Tante gespielt haben. Im Jahre 1913 gründeten sie in London den „Charleys Aunts Club", dessen Ehrenpräsident der Verfasser selber war. Brandon Thomas übrigens war trotz diesem Riesenerfolge nicht glücklich. Er war dadurch verbittert, daß seine ernsteren Stücke zu keinem Erfolg gelangen konnten.

Amtliche Berliner Produkten-Notierungen

vom 7. Oktober

Preise in Goldmark auf Basis der Goldanleihe des Deutschen Reiches. Getreide und Oelfrüchte je Tonne, alle übrigen Artikel je 100 Kilogramm.

Weizen, märk. 241—249 (241—249), Roggen, märk. 246 bis 252 (246—253), Gerste, Brau- 230—260 (229—256), Gerste, Futter- 210—225 (208—228), Hafer, märk. 189—197 (189—197), Weizenmehl 35,00—37,75 (35,00—37,75), Roggenmehl 35,00—37,75 (35,00—37,75), Viktoria-Erbsen 34,00—35,00 (34,00—38,00). Die Ziffern in Klammern bedeuten Vortag.

Wasserstände der Moldau, Eger und Elbe

	Meßort	6. 10.	7. 10.		Meßort	6. 10.	7. 10.
Moldau	Kamaik	+ 31	+ 30	Elbe	Brandeis	+ 5	+ 5
Moldau	Modran . . .	— 31	— 30		Melnik . .	+ 46	+ 40
Eger	Laun	— 2	— 6		Leitmeritz	+ 60	+ 70
Elbe	Nimburg . . .	+ 10	+ 26		Aussig . .	+ 1	— 3
					Dresden .	— 139	— 150

Leben • Wissen • Kunst

Theater

Residenztheater. Ida Kattner beging gestern das Jubiläum ihrer zwanzigjährigen Zugehörigkeit zum Ensemble des Residenztheaters. In einem Privatbetriebe ist die Existenz eines Angestellten leider stets mehr bedroht als in einem kommunalen. Verschärft ist die Gefahr noch, wenn der Betrieb künstlerischer Art ist. Da kann man schon fünfjähriges Wirken am gleichen Ort als Jubiläumsanlaß anerkennen. Viermal so lange ist also Ida Kattner schon ständige feste Stütze fast in jeder Vorstellung des Residenztheaters. Wir Jüngeren kennen dieses überhaupt nicht ohne die Kattner und sind auch niemals mißmutig gestimmt worden, wenn sie auf die Bühne trat. Im Gegenteil. Es geht von ihr, der komischen Alten, stets Leben aus. Mag sie nun Schwiegermütter oder sonst irgendwelche selbstgerechten Mannweiber darstellen, stets weiß sie ihren Personen einen Grad von Lebenswahrheit, Menschlichkeit zu verleihen, was bei den vom heutigen Operettendichter meist ganz unmöglich gezeichneten Charakteren nicht leicht sein dürfte. Für Ida Kattners künstlerischen Ernst spricht es, daß sie als Jubiläumsrolle eine Partie in einer der wertvollsten Operetten, die Czipra im Straußschen Zigeunerbaron, singen wollte. Die Rolle liegt ihrem eigentlich heiteren Fache ferner, aber hier konnte sie als würdige Alte rein menschliche Züge in größerer Zahl spielen und ihre Altstimme in wirklich musikalisch zu nennenden Melodien erklingen lassen. Das nahezu ausverkaufte Haus benutzte die Gelegenheit, der beliebten Künstlerin rauschende Beifallshuldigungen darzubringen, besonders am Ende des zweiten Aktes, wo zahllose Blumen und andere schöne Gaben fast die ganze Bühne einnahmen. Die Szenenbilder der jetzigen Neueinstudierung, vom Rundhorizont begünstigt, können sich sehen lassen. Ein origineller Einfall: die beiden lebenden Störche zur Illustration der zweiten Strophe des berühmten Duetts: Wer uns getraut.

Kr.

Konzert

Das erste der Rönisch-Konzerte fand gestern im Gewerbehaus statt; jener Konzerte, in der das früher unter Vindner musizierende Philharmonische Orchester zu neuem Wirken wiederauferstanden ist. Der mir schon kurz vor dieser ersten Veranstaltung vorteilhaft bekanntgewordene respektable, schöne Orchesterkörper wird in den Rönisch-Konzerten von Generalmusikdirektor Mörike geführt — ein Name, der uns Dresdnern schon seit langem geläufig ist.

Mehr aber weiß ich von diesem Konzert — das für unser Kunstleben vielleicht bedeutungsvoll ist — nicht zu sagen, weil die Direktion der Rönisch-Konzerte den seltsamen, hierorts bisher noch nie gekannten Einfall hatte, einen Teil der Musikkritik auszusperren. Nämlich den der Dresdner Volkszeitung. Nicht gerade so, daß man mir, dem Musikreferenten der Dresdner Volkszeitung, das Betreten des Konzertraumes verwehrt hätte; aber doch mit einem Mittel, das in unsrer skrupellosen Zeit auf das gleiche herauskommt: Man verweigerte mir die Eintrittskarte. Der Vorgang gestaltete sich folgendermaßen: Ich schalte ein, daß sich erfahrungsgemäß bei Abonnements die Austeilung der Eintrittskarten häufig verzögert, fand also kein Sturmanzeichen darin, daß am Konzerttage noch keine Karten in unsern Händen waren. Und so erbat ich denn an der Abendkasse die Zuweisung meines Platzes. Da wies mich der Kassierer an eine neben dem Kassenstand postierte Dame, sie würde die Sache erledigen. Und diese Dame erklärte mir mit absoluter Bestimmtheit, Herr Direktor Grunert habe keine Anweisung für die Volkszeitung gegeben. „Das heißt also, Sie haben strikte Anweisung, mir keinen Einlaß zu gewähren?" — „Bedaure, Herr Direktor Grunert hat Sie auf der Liste ausdrücklich nicht genannt!" Also Konzertsperre ohne Revolver.

Warum nun hat Grunert, der Direktor des Klavierkonzerns Rönisch, so seltsam, nein so komisch gehandelt? Ich glaube, wenn man ein Hakenkreuz schlägt, hat man die Lösung. Oder wenn dieses nicht zutrifft, so sind's vielleicht allerpersönlichste Interessen, indem sich die Klavierfabrikation des Konzerns Rönisch nicht immer zu preisen wußte.

Ich weiß nicht, ob die hier bestehende Vereinigung der Musikkritiker mit mir gegen diesen Fall eintritt. Auf irgendeine Weise aber werden wir uns mit dem „Herrn Direktor" schon auseinandersetzen. Denn nachgerade haben wir in Dresden die Nase voll von Fällen, in denen biedere Bürger sich kunstpolitisch betätigen. P.B.

Vortragskunst

Heimatschutz-Abend. Diesmal gab es ein Spiel, ausgeführt von Knaben und Mädchen der 35. Volksschule. Als Schauplatz war der Wald gedacht, in dessen raunende Welt Volksglaube und Dichtkunst im Lauf der Zeiten eine Fülle des Wunderlichen und Schönen hineingeheimnißt, geträumt und gesungen haben. Von dem aufgespeicherten Schatz wurde im Spiel manches artige Stück gehoben und von den Kindern dargeboten. Darunter das eine und andre Märchen, viele Lieder zum Preise des grünen Bezirks, und Szenen dazu, die das Leben in ihm verherrlichen sollten. Die Knaben und Mädchen waren ganz und gar bei der Suche, sowohl als Darsteller von allerlei Märchengestalten, als Verseküinder, Waldreigentänzer und besonders auch als Waldlieder-Sänger. — Es hat am Schluß des Abends sehr viele Leute gegeben, die der sonst gern geschmähten heutigen Volksschule manches gute Wort gewidmet haben. bd.

Dresdner Kalender

Theater am 9. Oktober. Opernhaus: Anrechtsreihe B: Der Wildschütz (7). Volksbühne Nr. 2271 bis 2335. — Schauspielhaus: Außer Anrecht: Die Nibelungen (7). Volksbühne Nr. 8374 bis 8436. — Neustädter Schauspielhaus: Die Karawane (7½). — Residenz-Theater: Marietta (7½). — Neues Theater (Kaufmannschaft): Das glühende Einmaleins (7½). Volksbühne Nr. 3181 bis 3300. — Königshof-Theater: Die von der Liebe leben (kleine Preise) (8¼).

Konservatorium zu Dresden. Der erste Dramaturg des Schauspielhauses, Dr. Karl Wolff, beginnt am Montag den 20. Oktober 1924 einen zweimonatigen Rednerkursus, Theorie und Praxis der freien Rede (Vortrags- und Debattierübungen). Jeden Montag, abends von 7 bis 9 Uhr. Anmeldungen im Konservatorium, Landhausstraße 11, 2.

Akademie für Kunstgewerbe, Dresden. Im laufenden Wintersemester finden wieder Vorträge statt, zu denen Hörer zugelassen werden können, soweit Plätze noch frei sind. Montags von 4½ bis 6 Uhr: 10 Vorträge von Dr. H. Gurlitt in Kunstgeschichte als Fortsetzung vom Wintersemester 1923/24. Ab Januar 10 Vorträge von Dr. W. Junius über: Aesthetische und stilpsychologische Grundfragen der bildenden Kunst und des Kunstgewerbes. Freitags von 4½ bis 6 Uhr: Professor O. Enking über: Meisterwerke der Weltliteratur, 20 Vorträge. Beginn der Kunstgeschichtsvorträge am 20. Oktober und der Literaturvorträge am 17. Oktober. Preis für jede Reihe von 20 Vorträgen für Hörer 10 M.

Volkshochschule. Freitag den 10. Oktober beginnen: Dr. Richard Böttger: Menschenkenntnis und Menschenbehandlung. Freitags, von 8 bis 9 Uhr, im Eberlischschen Gestift, Blochmannstraße 2. (Teilnehmerkarten hierzu vergriffen; bei diesem Kursus ausnahmsweise auch schon zur ersten Stunde Eintritt nur gegen Vorzeigung der Teilnehmerkarte.) Richard Bürckner und Georg Holdegel. Kulturfragen der Gegenwart und ihr Ausdruck in den Werken der Literatur und Kunst. Freitags, von 7 bis 9 Uhr, im Zimmer 6 der 4. Mädchenberufsschule, Louisenstraße 40. Moritz Durach: Gesetze der Kulturentwicklung vom Standpunkt der vergleichenden Völkerkunde. Mit Lichtbildern. Freitags, von 7 bis 9 Uhr, alle 14 Tage in der Oberrealschule Johannstadt, Marschnerstraße 18. Siegfried Jungnitsch: Das Spiel in Haus und Familie. Freitags, von 7 bis 9 Uhr, in der Oberrealschule Seevorstadt, Pirnaische Straße 4. Alfred Münch: Das antike Theater und die Zusammenhänge des modernen Theaters mit dem antiken. Mit Lichtbildern. Freitags, von 7 bis 9 Uhr, in der Dreikönigsschule, Arnimstraße 17. Dr. Johannes Süß: Bestimmen von Gesteinen im Handstück. Freitags alle 14 Tage, von 7 bis 9 Uhr, in der Oberrealschule Johannstadt, Marschnerstraße 18. Sonnabend den 11. Oktober. Kurt Henker: Einführung in die Chemie, mit besonderer Rücksicht auf technische und volkswirtschaftliche Fragen. 1. Teil. 7½ Uhr im kleinen Hörsaal, Zimmer 19, der Städtischen Gewerbe- und technischen Mittelschule, Dürerstraße 45.

Sächsischer Kunstverein zu Dresden. Brühlsche Terrasse. Wegen Neuaufstellung bis einschließlich 18. Oktober geschlossen. Kanzlei jetzt geöffnet werktags von 10 bis 1 Uhr. — Einlieferung von Kunstwerken für die nächste Ausstellung kann in beschränktem Maße am Donnerstag den 9. und Freitag den 10. Oktober, vormittags zwischen 10 und 12 Uhr, erfolgen.

Sächsische Skulpturensammlung. Die nächste Führung durch die Skulpturensammlung findet Donnerstag den 9. Oktober, nachmittags 3 Uhr, statt. Der Kustos Dr. Walter Müller wird über die Denkmäler der ersten Hälfte des 5. Jahrhunderts v. Chr., hauptsächlich die Giebel von Regina und Olympia, sprechen.

Die Ortsgruppe Dresden des Touristenvereins Die Naturfreunde feiert ihr fünfzehnjähriges Bestehen am Donnerstag den 16. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Zinzendorfstraße. Es wirken mit der Vereinigte Männerchor Dresden-N. unter Leitung von O. Neubert, Bruno Decarli vom Staatstheater, Genosse Schreck usw. Vielefeld und die Naturfreunde-Jugend.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19241008/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Vorschriften

über den Verkauf und die Beförderung von Schwarzbrot im Bezirk der Amtshauptmannschaft Dresden.

§ 1

Wer Schwarzbrot (Roggenbrot) verkauft, hat in seiner Verkaufsstelle einen Anschlag anzubringen, auf welchem in deutlich sicht- und lesbarer Weise der nach ganzen oder halben Kilogrammen berechnete Preis des zum Verkauf gelangenden Schwarzbrotes angegeben ist.

§ 2

Dieser Anschlag muß vor seinem Aushang und bei jeder Brotpreisänderung der zuständigen örtlichen Polizeibehörde zur Abstempelung vorgelegt werden, die kostenfrei erfolgt.

§ 3

Der Anschlag ist so anzubringen, daß er von der Stelle aus, an welcher der Verkauf des Brotes stattfindet, ohne Schwierigkeit zu lesen ist.

§ 4

In keiner Schwarzbrotverkaufsstelle darf außer Landbäckerbrot anderes als das zum Verkauf bestimmte Brot niedergelegt werden.

§ 5

Der Verkauf des Brotes hat, soweit nicht von dem Käufer ausdrücklich etwas anderes verlangt wird, nur nach ganzen oder halben Kilogrammen zu erfolgen.

Auf jedem zum Verkauf bestimmten Brote ist dessen Sollgewicht nach ganzen oder halben Kilogrammen durch Eindrücken oder Aufschreiben entsprechender Ziffern anzugeben.

Ferner ist der Tag der Herstellung durch Eindrücken oder Aufschreiben des Datums auf dem Brot anzugeben.

Das wirkliche Gewicht der zum Verkauf gestellten Brote muß innerhalb der ersten vierundzwanzig Stunden nach der Entnahme aus dem Backofen bei je 10 Stücken im Durchschnitt dem auf den Broten angegebenen Gewichten mindestens gleichkommen. Hierfür ist der Hersteller des Brotes verantwortlich.

§ 6

An jeder Verkaufsstelle für Schwarzbrot muß eine den Vorschriften der Maß- und Gewichtsordnung entsprechende Wage mit den nötigen Gewichten vorhanden sein.

Die Benutzung dieser Wage und Gewichte zum Nachwiegen des verkauften Brotes ist jedem Käufer zu gestatten. Auf Verlangen des Käufers ist ihm die Ware vorzuwiegen.

§ 7

Die Vorschrift unter § 5 erstreckt sich ausnahmslos auch auf solches Brot, welches den Käufern ins Haus geliefert wird.

§ 8

Diese Vorschriften beziehen sich nicht bloß auf den Brotverkauf als stehenden Gewerbebetrieb, sondern auch auf die Ausübung dieses Gewerbes im Umherziehen und auf Märkten. Die Abstempelung des Anschlages erfolgt in diesen Fällen gleichfalls durch die Polizeibehörde desjenigen Ortes, in welchem der Verkäufer seinen Wohnsitz hat.

§ 9

Wer Schwarzbrot im Bezirke der Amtshauptmannschaft Dresden zum Zwecke gewerbsmäßiger Verwertung befördert oder befördern läßt, ist verpflichtet, das Brot, soweit die Beförderung nicht in besonderen geschlossenen Brotwagen geschieht, in reinliche Kisten oder Körbe zu packen, die das Brot vor Regen und Staub schützen, und während der Beförderung, insbesondere auch auf dem Wege vom Wagen nach den Wohnungen und Geschäftsräumen der Empfänger, sofern es nicht mit Papierumhüllungen versehen ist, in der vorbezeichneten Weise verpackt zu halten.

§ 10

Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften sowie der Verkauf von Brot zu einem höheren als dem angehängten Preise oder mit geringerem als dem dem Brote aufgedruckten oder aufgeschriebenen Durchschnittsgewichte werden, soweit nicht die Strafvorschriften in § 369, 2 des Reichsstrafgesetzbuches und § 148, 8 der Reichsgewerbeordnung Anwendung finden, mit Geldstrafe bis zu 100 Mark oder entsprechender Haftstrafe geahndet werden.

Im Durchschnitt zu leicht befundenes oder der Gewichtsangabe ermangelndes Brot ist von der örtlichen Polizeibehörde durch Anschneiden oder einmaliges Durchschneiden als solches kenntlich zu machen.

§ 11

Die Herren Bürgermeister haben die gehörige Durchführung dieser Vorschriften durch tunlichst oft zu wiederholende Revisionen der Bäcker und Brothändler zu überwachen, auch Uebertretungen zu ahnden.

§ 12

Die Vorschriften der früheren Amtshauptmannschaften Dresden-A. und Dresden-N. über den Verkauf von Schwarzbrot vom 3. August 1891 in der Fassung vom 20. Dezember 1892 und vom 31. Januar 1893 werden mit Inkrafttreten dieser Vorschriften aufgehoben.

Dresden, den 23. September 1924. [b 293

Die Amtshauptmannschaft.

Bekanntmachung.

Durch Verordnung des Ministeriums des Innern und des Justizministeriums vom 1. Oktober 1924 sind die Sparkassen zur Entgegennahme der Anmeldung von Sparkassenguthaben für zuständig erklärt worden. Wir fordern deshalb unsere Sparkassengläubiger, die eine Aufwertung ihres Sparkassenguthabens nach den Vorschriften des § 7 der 3. Steuernotverordnung verlangen, hierdurch auf, ihre Ansprüche bei der unterzeichneten Sparkasse schriftlich oder mündlich anzumelden, und zwar an derjenigen Sparkassenstelle, von der das Buch ausgestellt ist. Die Anmeldung muß bis zum 31. Dezember 1924 erfolgen. Erfolgt die Anmeldung mündlich, so ist das Sparkassenbuch vorzulegen, in dem die Anmeldung bescheinigt werden wird.

Erfolgt die Anmeldung schriftlich, so hat sie zu enthalten: Namen und Wohnung des Gläubigers, Nummer des Sparkassenbuchs und Angabe der Sparkassenstelle, von der das Buch ausgestellt ist, sowie Vor- und Zunamen, auf die das Sparkassenbuch lautet. Auf besonderes Verlangen wird eine Anmeldebescheinigung erteilt. Bei der Anmeldung ist anzugeben, ob für die Forderung ein Vorrecht nach § 7 Abs. 3 deshalb beantragt wird, weil das Sparkassenguthaben auf Grund eines gesetzlichen Zwanges zur mündelsicheren Anlage begründet worden ist. [b240

Sparkasse der Stadt Dresden,
am 8. Oktober 1924.

Nach einem arbeitsreichen Leben und kurz nach unserer Silberhochzeit verschied am Montag, nachmittags 2¼ Uhr, viel zu früh und unerwartet meine über alles geliebte Frau, meine liebe Tochter, unsre gute Schwester, Schwägerin und Tante. Frau

Paula Schelle geb. Glogner.

Dresden, Könneritzstr. 17, am 6. Oktober 1924.
Frischauf-Schänke.

In tiefer Trauer
Otto Schelle
zugleich im Namen der Hinterbliebenen.

Die Trauerfeier findet Donnerstag den 9. Oktober, 3½ Uhr, im Krematorium statt. [6 023

Arb.-Radf.-Bund „Solidarität", Dresden

Die Einäscherung der
Frau **Paula Schelle**
findet Donnerstag den 9. Oktober, nachmittags 3½ Uhr, im Krematorium statt.
Alle Abteilungen stellen Bannerdeputation in Sportkleidung. Treffen 2½ Uhr gegenüber dem Krematorium. [1659

Drei-Zimmer-Wohnung in Striesen
gegen 3-Zimmerwohnung in Friedrichstadt zu tauschen gesucht. Barabfindung 400 Mark und Umzug. Angebote unter **P. A. 13** an die Exped. d. Bl. erbeten. [1687

Habe mich als **praktischer Arzt** und Sozius des Herrn Dr. med. Möckel in **Dresden-Briesnitz,** Meißner Straße 39, niedergelassen [m164

Dr. med. v. Zobel.

Allgem. Deutscher Ortsausschuß ADGB **Gewerkschaftsbund Dresden**
Ritzenbergstraße 4, I — Telephon Nr. 17969

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband, Filiale Dresden. Für die Herren- und Damenmaßbranche findet **Freitag** den 10. Oktober, abends 7 Uhr, in den **Annensälen,** Annenplatz, eine **wichtige Branchenversammlung** statt. Tagesordnung: Bericht von den Lohnverhandlungen mit dem Arbg. Mitgliedsausweis vorzeigen. Restlose Teilnahme notwendig. **Die Filialleitung.**

Arbeiterinnen-Schutzkommission. **Montag** den 13. Oktober, abends 7½ Uhr, im **Volkshaus,** Zimmer 3: **Versammlung.** Tagesordnung: 1. Vortrag: „Die Bedeutung der Arbeitspausen". Referentin: Frau Regierungsrat Neißler. 2. Verschiedenes.

ALHAMBRA

Lichtspiele / Wettinerstr. 12

Uraufführung

Donnerstag, 9. Okt. 1924

7 Akte **Die verfluchte Stadt** 7 Akte

: Das grauenhafte Geschick einer Stadt :
Sturmflut- und Hochwasser-Katastrophen

Dazu das Lustspiel:

Löwen im D-Zug

Ausserdem: **Bühnenschau.**

Anfang täglich 4, 6¼, 8½ Uhr [1331

Adler-Gipfel, Deutsche Edel-Margarine

das **deutsche** Produkt von mehr als zwanzigjähriger Fabrikationserfahrung

Generalvertretung und Lager für die Amtshauptmannschaften **Dresden und Bautzen:**

Johannes Delin
Dresden-Neustadt 6. :-: **Fernruf: 14170.** [1469

ES IST DAS BESTE

wenn Sie alle Ihre Drucksachen bei uns herstellen lassen
Schnelle Erledigung ◇◇ Saubere und moderne Ausführung
Buchdruckerei Kaden & Comp., Dresden, Wettinerpl. 10

Chaiselongues prima Arbeit. [1686
Stahl- u. Auflegematratzen. — Billig!!
Tapezier Schützeng. 3.

Mod. Kücheneinricht., Schlafz., Sofas, Kleiderschr., Betten m. Aufl.-Matr. z. verk. Zal. Leisten. Ratenz. erl. [1697
Köhler, Schäferstr. 35.

Müllers

Delikateß-Schmalz

Garantiert reines Schweineschmalz in fettdichter 1-Pfund-Packung ist in allen namhaften Delikateß- und Lebensmittelgeschäften zu haben

C. & G. Müller, Speisefettfabrik Akt.-Ges.
Neukölln
Verkaufsabtlg. Dresden: Schumannstraße 62, Fernruf 35 941. [1691

Striesen

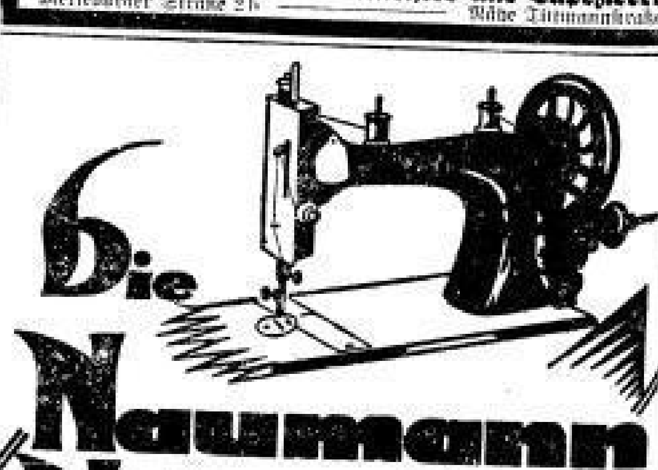
Schuhhaus R. Sander
Tittmannstraße 17 — Telephon 32 137
Große Auswahl in sämtlichen **Schuhwaren**
Spezialität: Echt Algäuer Sport- und Haferlschuhe

Beleuchtungskörper (moderne) für Elektrisch u. Gas, Fahrräder mit sämtlichen Zubehörteile
Gustav Schmidt, Augsburger Straße 22 u. 44
Fernsprecher 31 931

Robert Liebscher & Sohn Schneidermeister :-:
Wartburgstraße 26 — Ecke Tittmannstraße — Telephon 31633
Anfertigung eleganter Herren- und Damengarderobe
Großes Lager in- und ausländischer Stoffe • • Billige Preise

Adolf J. Seyfert
Fernr. 30718 — Eisenwarenhandlung, Tittmannstr. 19 — Fernr. 30718
Ronsdorfer Maurerkellen, Werkzeuge

Aufpolstern v. Polstermöbeln aller Art
ständiges Lager in Patentmatratzen u. Chaiselongues
Paul Unglaub ≈ **Sattlermeister und Tapezierer**
Merseburger Straße 2 b Nähe Tittmannstraße



Die Naumann Nähmaschine

von Seidel u. Naumann Dresden

das Meisterwerk heimischer Technik

näht vor- u. rückwärts / stickt u. stopft in Nähbetrieben u. im Haushalt

auch gegen Teilzahlung

Karl Winkler G. m. b. H.
Struvestr. 9 Johannstr. 19 Prager Str. 33 [283

Buchhalter (in)

mit guten Kenntnissen in Maschinenschreiben und Stenographie, von einer großen Baugenossenschaft sofort gesucht.

Offerten unter **A. B. Y. Z.** an die Expedition dieses Blattes. [1658

Perfekte Ziegel- und Schieferdecker
dauernd gesucht [w 200
Paul Panzer, Cossebauder Straße 24.

Arbeiter u. Arbeiterinnen
stellt ein [w 277]
Viktor Teschendorf
Baumschule Cossebaude-Dresden.

Geübter Konzertzitherspieler für Sonntag von 4 Uhr an gesucht **Café Großmann** Ullersdorf. [w200

Das heilige Feuer von Jürgen Brand
Volksbuchhandlung und ihre Filialen.

Seefische: Dresdner Fischhallen, Webergasse 17

(Ecke Quergasse) Telephon 210.. 2917.. [131

Die Angriffe gegen die Regierung

Aus der Staatskanzlei wird uns geschrieben:

In der Chemnitzer Volksstimme Nr. 234 vom 6. Oktober 1924 wird eine Entschließung mitgeteilt, die die sozialdemokratische Kreisversammlung des 15. Unterbezirks gefaßt hat. In dieser Entschließung werden, nachdem die früheren Angriffe auf die sächsische Personalpolitik durch Tatsachen widerlegt worden sind und deshalb nicht gut wieder aufgewärmt werden können, Vorwürfe allgemeinster Art erhoben, zu denen objektiv denkende Menschen nur Stellung nehmen können, wenn die Behauptungen durch Tatsachen belegt werden. Deshalb sind die Teilnehmer der Kreisversammlung, insbesondere der Referent Bezirksschulrat Arzt, der als Landtagsabgeordneter über die Vorgänge innerhalb der Regierung am besten unterrichtet sein müßte, zu fragen, was sie mit ihren allgemeinen Angriffen für Vorgänge meinen.

1. Welch leitende Sozialdemokraten sind aus den Ministerien beseitigt worden? Da jugendliche Referenten oder gar der in einem Zeitungsartikel erwähnte Telephonist nicht gut als leitende Beamte bezeichnet werden können, können nur folgende zwei Beamte gemeint sein: der Ministerialrat Dr. Lempe, der nach dem Urteil auch zahlreicher Sozialdemokraten an seinem bisherigen Platze fehl am Orte war und deshalb auf einen der wichtigsten Kreishauptmannsposten im Lande versetzt worden ist, und ferner der aus Thüringen übernommene 35jährige Arzt Freund, der abgebaut werden mußte, weil aus Gründen der Organisationsänderung, über die sich die Regierung schon ausgesprochen und die die Billigung des Landtags gefunden hat, sein Posten eingezogen werden mußte.

2. Was ist unter einseitiger Anwendung des Abbaugesetzes zu verstehen? Es ist nachgewiesen, daß der Abbau die alte Beamtenschaft in viel stärkerem Maße betroffen hat, als Beamte, die erst seit dem Jahre 1919 in die Verwaltung eingetreten sind.

3. Was hat die Versammlung unter der Reorganisation der Verwaltung im reaktionären Sinne verstanden? Es müssen Tatsachen angeführt werden, wenn derartige Anwürfe irgendwelche Bedeutung haben sollen. Es sind nur Organisationsänderungen vorgenommen worden, die die durch den Personalabbau bedingte Vereinfachung der Verwaltung zum Ziel hatten, seit langen Jahren verlangt worden sind und unter den früheren Kabinetten, insbesondere auch rein sozialdemokratisch zusammengesetzten Kabinetten bereits beschlossen waren und, soweit der Landtag damit bei den letzten Etatsberatungen beschäftigt worden ist, dessen einmütige Zustimmung gefunden haben. Was haben diese unbedingt notwendigen Maßnahmen mit Reaktion zu tun?

Was schließlich die zum Gegenstand der Resolution gemachten angeblichen „Skandalösen Verbote der Arbeiterkundgebungen und politischer Veranstaltungen der Arbeiterjugend" und die demgegenüber aufgestellte Behauptung angeht, daß „republikfeindliche Organisationen volle Freiheit und teilweise Bevorzugungen durch Staatsbehörden genössen" — so ist folgendes festzustellen:

Durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar, durch eine Anordnung der sächsischen Regierung oder des Innenministeriums, sind Aufzüge und Versammlungen unter freiem Himmel verboten. Ausnahmen hiervon bedürfen der Genehmigung der Landeszentralbehörde. Solange dieses reichsrechtliche Verbot besteht, war es nicht möglich, politische Demonstrationen, aus denen gerade das Verbot seinen Anlaß genommen hatte, regelmäßig zuzulassen. Es ist daher gänzlich unzutreffend, daß dieses Verbot dem Ministerium einseitig gegen Arbeiterkundgebungen oder republikanische Organisationen gehandhabt worden wäre. Das Gegenteil wird vielmehr fast tagtäglich in Eingaben und mündlichen Vorstellungen rechtsgerichteter Organisationen aus Anlaß der ausnahmslosen Ablehnung ihrer Demonstrationen dem Ministerium zum Vorwurfe gemacht. Die einzigen Ausnahmen, die das Ministerium für Demonstrationen politischer Art seit längerer Zeit zugelassen hat, sind die Genehmigungen der Aufzüge des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und der Antikriegskundgebungen vom 21. September. Für die Genehmigung der erstgenannten Demonstrationen ist für das Ministerium bestimmend gewesen, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, das sich auch über mehrere politische Parteien erstreckt, sich die Förderung des republikanischen Gedankens und der republikanischen Staatsform zur Aufgabe gemacht hat. Wenn also von einer „Bevorzugung" gesprochen werden kann, so doch keineswegs von einer Bevorzugung republikfeindlicher Veranstaltungen.

Wenn politische Demonstrationen rechtsgerichteter oder republikfeindlicher Organisationen vorgekommen sind, so sind sie nicht genehmigt gewesen. Jedenfalls kann das Ministerium dahin nicht verantwortlich gemacht werden. Dieses hat vielmehr die scharfsten Weisungen an die Behörden gegeben, gegen solche Vergehen einzuschreiten, sie durch polizeilichen Zwang, durch Auflösung, zu verhindern, wozu, wenn die örtlichen Polizeikräfte unzulänglich schienen, auch vorher Verstärkungen zur Verfügung gestellt wurden. Die Teilnehmer sind strafrechtlich zur Verantwortung gezogen worden.

Ausgeschlossen ist, daß die Regierung ein Gesetz einseitig zugunsten einer parteipolitischen Richtung handhabt. Das würde dem Anspruche widersprechen, den verfassungsmäßig jeder Staatsangehörige auf seine politischen Freiheiten und Rechte hat. So mußten von dem regelmäßigen Verbote politischer Demonstrationen selbstverständlich auch sozialdemokratische Kundgebungen und solche der sozialdemokratischen Jugendorganisationen betroffen werden. Daß dieses politische Organisationen sind, läßt sich nach der eigenen steten Betonung dieses Charakters nicht bezweifeln. Wo aber durch den besonderen, neutralen Zweck einer Veranstaltung diese über den politischen Charakter hinausgehoben wurde, insbesondere bei sportlichen Veranstaltungen, ist die Genehmigung erteilt worden.

Im übrigen hat aber das Ministerium schon vor langer Zeit Anlaß genommen, auch in einer Versammlung sämtlicher Behördenvorstände, eingehend darauf hinzuweisen, daß nicht jedes Zusammensein einer Mehrheit von Menschen eine Versammlung oder einen Umzug darstelle, sondern daß hierzu Weiteres und insbesondere der demonstrative Charakter gehöre. Daß insofern und was die Zahl der Teilnehmer angeht, die Grenze flüssig ist, liegt in der Natur der Dinge und ist aus der Rechtsprechung zu dem Versammlungsgesetz hinlänglich bekannt. Ausgeschlossen ist aber auch insofern eine einseitige Handhabung des Gesetzes; weder ist eine solche von dem Ministerium ausgegangen, noch ihm auch bei den Behörden bekanntgeworden. Auch die Entschließung enthält davon nicht die Spur eines Beweises.

Hiernach kennzeichnet sich die Entschließung als eine Irreführung der Bevölkerung und grundlose Hetze gegen die Regierung.

Sachsen

Kommunistische Sprengarbeit

Am Freitag den 3. Oktober sprach in Bösdorf a. d. Elster in öffentlicher Versammlung der Reichstagsabgeordnete Genosse Lipinski über Bürgerblock und Zollwucher. Zu dieser Versammlung, die einen sehr guten Besuch aufzuweisen hatte, war eine ganze Anzahl Kommunisten aus den Nachbarorten erschienen. Kurz nach Eröffnung der Veranstaltung trafen **unter Führung von Liebertasch, Leipzig, weitere 100 Kommunisten aus Zschocher, Plagwitz und Lindenau ein, die zum Teil mit Stöcken und Knüppeln bewaffnet waren.** Bereits nach wenigen Worten des Genossen Lipinski machten sich die Kommunisten durch teilweise recht deplacierte Zwischenrufe bemerkbar. Einige der Anhänger Liebertaschs versuchten sogar mitten im Referat Flugblätter auszuteilen. Einer Aufforderung, dies zu unterlassen, kamen die Jünger Moskaus nicht nach. Von den Anwesenden wurde die Annahme dieser Flugblätter abgelehnt. Das war für die Kommunisten das Signal zum Angriff. **Plötzlich wurde von Personen, die nicht festgestellt werden konnten, das Licht ausgelöscht und die anwesenden Versammlungsbesucher, unter denen sich ein Teil Reichsbanner-Leute befanden, mit Steinen, Gummiknüppeln, Dolchen, Seitengewehren und andern Schlag- und Stoßwaffen bearbeitet. Ein Angehöriger des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold erhielt hierbei eine größere Stichwunde, außerdem wurden eine ganze Anzahl Versammlungsteilnehmer leicht verletzt.**

Nachdem wieder Ruhe eingetreten war, versuchte Genosse Lipinski weiterzureden, was ihm auch gelang.

Von den anwesenden Reichsbanner-Leuten war inzwischen nach Zwenkau zur Verstärkung des Saalschutzes gesandt worden. Bei dem Eintreffen dieser Leute glaubten Kommunisten, Landespolizei rücke an und ergriffen die Flucht, stellten sich aber nach kurzer Zeit wieder ein.

Inzwischen war von der Gemeindeverwaltung Landespolizei angefordert worden, die bei ihrem Eintreffen die Saaleingänge besetzte und eine Durchsuchung der anwesenden Personen vornahm. Die Kommunisten hatten selbstverständlich die bei sich geführten Waffen sofort unter die Tische geworfen, so daß sich die wirklichen Besitzer nicht feststellen ließen. Die Polizei verhaftete acht Personen.

Bei ihrem Abrücken wurde die Landespolizei von 20 Burschen, die an einer Straße Aufstellung genommen hatten, mit Steinen beworfen.

Die Vorgänge in Bösdorf zeigen erneut, wie unter Anwendung brutaler Gewalt von kommunistischer Seite auf Sprengung sozialdemokratischer Versammlungen planmäßig hingearbeitet wird. Die kommunistische Bewegung ist moralisch auf einem Tiefstand angelangt, der schlechterdings nicht mehr überboten werden kann. **Die skrupellose Kampfesweise der Kommunisten ist so ekelerregend, daß die klassenbewußte Arbeiterschaft mit diesem erbärmlichen Volke jede Gemeinschaft ablehnen muß.**

Landesfriedensbruchprozesse ohne Ende

Die Lebensmittelkundgebungen der Oberlausitzer Bevölkerung im August d. J. beschäftigen immer noch unsre Gerichte. Mit einem Eifer, der auf andern Gebieten weit angebrachter wäre, zitiert man die Bevölkerung vor die Gerichtsschranken und verurteilt sie zu empfindlichen Gefängnisstrafen, weil sie in der letzten Zeit der Inflation, als Geschäftsleute und Landwirtschaft ihre Waren zurückhielten, nicht elend verhungern wollte. Wo ist der Ort, der nicht schon seinen Landfriedensprozeß gehabt oder dem er bevorsteht. Der Landbund und seine Hintermänner arbeiten sehr gut.

So wurde Anfang dieses Monats vor dem Gemeinsamen Schöffengericht Bautzen in zweitägiger Sitzung gegen den Ziegelarbeiter Zacher aus Krumhermsdorf und 25 Genossen wegen Landfriedensbruchs verhandelt. Das Verfahren gegen den vorangeklagten Urban aus Neustadt i. S., der durch Krankheit am Erscheinen verhindert war, wurde zu späterer Aburteilung abgetrennt. Am 11. August 1923 war Zacher früh mit der Belegschaft der Dachziegelfabrik, in der er arbeitete, nach Neustadt gezogen. Dort wurden durch Abordnungen die Arbeiter aus den Betrieben geholt. Gegen 2000 Menschen nahmen an einer Versammlung auf dem Marktplatz teil. Nachdem einige Redner gesprochen hatten, wurden drei Kolonnen gebildet, die nach Polenz, Berthelsdorf und Langburkersdorf beordert wurden, um dort Vieh und Lebensmittel von den Landwirten zu holen, da die Bevölkerung für Geld und gute Worte nichts bekam. Zacher führte gegen 800 Personen nach Langburkersdorf. Da der Gemeindevorstand des Ortes nicht anwesend und der Ortsdiener krank war, wurde der Gemeindeälteste Fabrikant Bäthge veranlaßt, mit zu den Landwirten zu gehen. Zacher trat als Sprecher einer aus zehn Mann gebildeten Kommission auf. Die Menge ließ sich nicht halten, drang zum Teil ebenfalls mit in die Gehöfte ein und beteiligte sich an der Durchsuchung. Dabei soll es auch in einzelnen Fällen zu Gewalttaten und Drohungen gekommen sein. Zwei Angeklagten konnte eine Beteiligung nicht nachgewiesen werden. Sie wurden deshalb freigesprochen. Es wurden verurteilt: Zacher zu 8 Monaten, Klippel aus Langburkersdorf zu 6 Monaten, 21 Angeklagte zu je 5 Monaten, die jugendliche ledige Lidda Klippel aus Langburkersdorf zu 4 Monaten Gefängnis. Alle, außer Zacher und Klippel, erhielten eine dreijährige Bewährungsfrist.

Die Kartoffelpreise

Aus der Freiberger Gegend wird uns geschrieben: Der Landwirt D. in O., der bisher jährlich Kartoffeln an die Verbraucher lieferte, ist auf Grund der guten Ernte auch in diesem Jahre dazu wohl in der Lage, tut es aber nicht. Ein Verbraucher, der sich auf die seitherige Geschäftsverbindung mit D. stützte, begab sich kürzlich zu ihm mit der höflichen Anfrage, ob er auch dieses Jahr einige Zentner Kartoffeln erhalten könnte. Als Antwort kam die Gegenfrage: „Was kostet jetzt der Zentner Kartoffeln?" Der Kauflustige nannte die Notierung der Freiberger Produktenbörse 2,00 bis 2,00 M. Darob vom Landwirt die entrüstete Antwort: „Für so ein Lumpengeld füttern wir die Kartoffeln in die Schweine!" Die „notleidenden" Landwirte brauchen also das Geld noch nicht so nötig, wie sie immer vorgeben. Sie arbeiten lieber auf lange Sicht und füttern die Schweine mit menschlichen Nahrungsmitteln. Soll das die Preiskorrektur des Grafen Kanitz sein? Dieser Vorfall wirft jedenfalls ein bezeichnendes Licht auf die Raffgier und die „volkswirtschaftliche" Einstellung der Landwirtschaft — Verhungern bei vollen Scheunen!

Der sächsische Arbeitsmarkt vom 28. Septbr. bis 4. Oktbr.

Das Landesamt für Arbeitsvermittlung veröffentlicht über die Lage auf dem sächsischen Arbeitsmarkt für die Zeit vom 28. September bis 4. Oktober 1924 folgenden Bericht:

Die Gesamtlage bot in dieser Berichtswoche ein im wesentlichen unverändertes Bild, und langsam nur schritt die Besserung vorwärts. Letzteres kam auch dadurch zum Ausdruck, daß die Zahl der aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge Unterstützten seit 15. September nur eine Abnahme von 9458 Hauptunterstützungs- (wovon 1631 Zuschlagsempfängern erfahren konnte, so daß am 1. Oktober immer noch 51 402 Hauptunterstützungs- (41 844 männliche und 1558 weibliche) und 48 642 Zuschlagsempfänger in Sachsen vorhanden waren.

Es scheint nun zwar, als ob mit einer weiteren Aufwärtsbewegung auf dem Arbeitsmarkte gerechnet werden könnte und die die Entwicklung noch hemmenden Einflüsse allmählich im Schwinden begriffen wären, doch ist noch eine anhaltende und wesentliche Besserung nötig, um den Stand vom 1. Juni d. J. wieder zu erreichen oder gar, um wieder zu normalen Verhältnissen zu kommen. Zu bedenken ist, daß der Winter naht, der ohnehin die Erwerbsmöglichkeiten, insbesondere für die Angehörigen der Außenberufe wieder stark beschränkt.

Achtzinsige Landeskulturrentenscheine. Der Kurs für die achtzinsigen, auf Goldmark lautenden, dinglich sichergestellten Landeskulturrentenscheine der Sächsischen Kulturrentenbank, der am 6. d. M. erstmalig an der Dresdner Börse festgesetzt worden ist, hat sich auf 75 v. H. bez. G. gestellt. Das Anlagekapital der Erwerber derartiger Scheine verzinst sich sonach mit rund 10% v. H. Im Falle der Auslosung werden die Scheine zu ihrem Nennwerte eingelöst. Für Kapital und Zinsen haftet außer der Landeskulturrentenbank der sächsische Staat.

Diethelm von Buchenberg

4

Eine Schwarzwald-Geschichte

von Berthold Auerbach

Händler stiegen in die Hürden, zogen den Schafen die Augenlider auf und schauten nach den Zähnen, andre bezeichneten mit einer in Zinnober eingetauchten Schablone die eingekauften und zählten dabei; dort sprang eine Herde lustig aus der geöffneten Hürde, sich in der wiedergewonnenen Freiheit überstürzend, überall war buntes, lebendiges Treiben. Der Schäfer Medard kam Diethelm entgegen und sagte, daß er noch nicht verkauft, aber sichere Hoffnung habe. Nun einigte sich Diethelm schnell mit dem Steinbauern, kaufte ihm seine Zeithämmel (jährige) ab und nahm auch die Bracken dazu.

Er eilte mit dem Steinbauern in das Kaufhaus, ihnen darauf lief das Gerücht, daß Diethelm bereits Schafe eingekauft habe und auch für die Wolle die besten Preise bezahle. Diethelm war aber noch nicht zum Wolleinkauf entschlossen, er hatte diesen Gedanken nur so in leichtfertiger Prahlerei hingeworfen, um zu verdecken, wie sehr es ihm zum Verkaufen auf den Nägeln brenne; jetzt wurde ihm das Vorhaben immer genehmer, und mit seltsamem Blicke betrachtete er seinen Genossen mit dem mehr als mannsgroßen Stocke, mit dem schlichten Anzuge und der selbstzufriedenen Miene; der wünschte wohl nicht, wie er, mit Wagen und Pferd in den Stuben umherzufahren; wie weit zurück lag ihm jetzt die Zeit, wo auch er stolz sein konnte, statt daß er jetzt, um sich nichts zu verraten, stolz tun mußte.

„Hast kein Fuhrwerk bei dir?" fragte Diethelm, worauf der Steinbauer erwiderte: „Nein, ich bin noch gut zuweg, mit dem Fahren hat's Zeit, bis ich alt bin."

Im Kaufhause sah Diethelm, daß die verpflichteten Wollsetzer seine Schlepper (Vliese) gut aufgesetzt hatten, sie standen an guter Stelle, nicht zu hell und nicht zu dunkel; seine spanische und seine Bastardwolle durfte sich sehen lassen. Sein nächster Nachbar war der Steinbauer, der sich darüber beklagte, daß er einen schlechten Platz habe; gerade neben der Feuerspritze und dem großen Wasserfasse, die unter der Treppe standen. Diethelm stand mit übereinandergeschlagenen Armen ruhig neben seiner Lammwolle, als hastigen Schrittes der Reppenberger kam. Alles Blut schoß Diethelm zu Kopfe, indem er dachte, daß er vielleicht auch einst als Unterhändler hier sich tummeln, sich abweisen und anfahren lassen müsse, während alles jetzt seine Nähe suchte und um seine Freundschaft buhlte. Diethelm war entschlossen, mindestens vom Steinbauern noch die Wolle einzukaufen. Zwar hatte er die Bürgschaft des Schwagers zu leichtfertig versprochen, aber der Steinbauer muß ihm vorderhand glauben, und dann will er noch heute all das Mitgebrachte und das Erkaufte in der Stille versilbern, es sind dann drei Monate Zeit gewonnen, es gilt Luck auf- und Luck zuzumachen, bis man den rechten Schick trifft, und der kann doch nicht ewig ausbleiben. Diethelm wurde auch hier schnell handelseins mit dem Steinbauern, und als nun andre sahen, daß dieser ihm das Seinige übergab, bestürmten sie ihn ebenfalls mit Anerbietungen. Er wehrte anfangs ab: er wollte nicht weitergehen. Aber vielleicht läßt sich gerade jetzt der rechte Schick machen, man darf ihn nicht aus der Hand lassen, mit so viel Ware läßt sich was Großes versuchen — die Hand Diethelms wurde brennend von dem öfteren Handschlag, er wußte fast gar nicht mehr, wieviel er eingekauft hatte, und der Reppenberger brachte neue und immer bessere Gelegenheiten mit Zahlungsterminen auf Ostern oder noch weiter hinaus. Wie berauscht ging Diethelm von Stapel zu Stapel und wiederum hinaus auf den Schafmarkt von Hürde zu Hürde; ihm war's, als hätte alles Besitztum der Welt gesagt: ich will dein sein, du mußt mich nehmen.

Das Lärmen und Rennen um ihn her, das ferne, verworrene Brausen des städtischen Marktgewühls, aus dem bisweilen einzelne Akkorde der Musik, die jetzt zum Tanze aufspielte, wie aus dem Stimmengedränge herausschlüpften, alles das machte einen sinnverwirrenden Eindruck auf Diethelm; bald lächelte er jedem, und sein Antlitz war hochgerötet, bald wurde er schlaff und verdrossen, und alles Blut wich daraus zurück. Auf einem Wollsacke, nicht weit von der großen Feuerspritze, die im Hofe stand, saß er mit entblößtem Haupte und gekreuzten Beinen, und sein Auge schaute hinein in die rote Schreibtafel, in die er sich seine Einkäufe nach Sorte usw. eingezeichnet hatte, um ihn her lagen in verschiedenen Papieren Wollproben. Diethelm fuhr sich mit der Hand über das Haupt, und er meinte, er spüre es, wie ihm die Haare jetzt plötzlich grauer werden. Eben kam der Reppenberger wieder und brachte einen Mann, der eine überaus feine und haartreue Wolle habe, da sei jedes Härchen von unten bis oben gleich und alles im Vlies gewaschen. Diethelm nebelte es vor den Augen, und er ersuchte den Reppenberger, vor allem einen guten Trunk Wein herbeizuschaffen: er fühle sich so matt, daß er auf keinem Bein mehr stehen könnte, und besonders in den Knien spürte er eine unerhörte Müdigkeit. Er gab den Umstehenden wenig Bescheid und starrte hinein in seine Schreibtafel und sprach mit den Lippen lautlos die Zahlen vor sich hin.

Vom Hauptturm der Stadtkirche bliesen eben die Stadtzinkenisten den althergebrachten Mittagschoral; sie standen eben auf der Westseite der Turmgalerie, und diese Posaunen und Trompeten strömten ihre langgezogenen Töne gerade zu Häupten Diethelms nieder. Er zuckte zusammen und schaute auf, als hörte er die Posaune des Jüngsten Gerichts vom Himmel herab; er fuhr sich mit der breiten Hand langsam über das ganze Gesicht, dann schaute er hell auf, der Reppenberger rief ihn. Der herbeigebrachte Wein richtete ihn bald wieder auf, und nun galt es, die begonnene Rolle mutig fortzusetzen. Die Stadtzinkenisten bliesen eben nach einer andern Himmelsgegend, und die Klänge schwebten wie verloren über dem lauten Marktgewühle. Einmal sprach er eifrig und ganz allein mit einem fremden Händler, und es verbreitete sich rasch die Sage, daß er im Auftrage dieses, der noch gar nichts eingekauft hatte, die Händel abschließe. Diethelm merkte bald, daß sein Auftreten dem Markt eine ganz andre Wendung gegeben hatte; es kamen schon Unterhändler, die sich im Auftrage Ungenannter nach dem Wiederverkaufe erkundigten. Eine Weile stockte er und gedachte, mit mäßigem Gewinn darauf einzugehen, aber der Reppenberger hatte recht: jetzt, im hohen Verkehr, wo alles im Trab geht, kann man nicht hufen und rückwärts fahren; wenn alles vorbei ist, dann läßt sich ein guter Treffer machen, dann hat man die ganze Geschichte allein in der Hand, drum jetzt nur mutig vorwärts.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19241008/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Dresdner Chronik

Der Hund als Wahlhelfer

Es fehlt bloß noch, daß sich neben dem völkisch-antisemitischen Sammelsurium und den Häußer-Bündlern auch noch eine Partei der Hundefreunde bildet. Warum auch nicht? Jede kleine Interessengruppe brennt heute auf eine eigene parlamentarische Vertretung. Warum sollten sich nicht auch die Hundefreunde in dieser Richtung engagieren? Wenn man nach einem von der Interessengemeinschaft Dresdner Hundebesitzer herausgegebenen Flugblatt urteilen wollte, dann werden die Interessen der Hundebesitzer und die ihrer Hunde von den Dresdner Stadtverordneten herzlich schlecht gewahrt. Das versucht wenigstens die zwar kleine, dafür aber jeglicher Realpolitik um so weniger zugängliche Hunde-Interessen-Gemeinschaft den Dresdner Hundebesitzern beizubringen. In der Anwendung ihrer Mittel sind die Leute dabei durchaus nicht wählerisch. Sie führen in ihrem Flugblatt die einzelnen Stadtverordneten namentlich auf, hübsch eingeteilt in „hundefeindliche" und „hundefreundliche" und außerdem unter Nennung der einzelnen Fraktionen. Daß die Herrschaften dabei ein paarmal gründlich daneben treffen, stört sie wenig. Nun glauben wir allerdings, daß dieser Interessengemeinschaft längst nicht derjenige Erfolg beschieden sein wird, den sie sich von ihren Angriffen verspricht, denn Verständnis für die Hundebesitzer haben auch die Verneiner einer Herabsetzung der Hundesteuer bewiesen, und die Absicht der Interessengemeinschaft, mit dem Flugblatt eine kleine Wahlpropaganda für die bürgerlichen Parteien zu arrangieren, tritt doch zu offen zutage. Sicherlich sagt sich auch die Mehrzahl der Hundebesitzer, daß sie nicht nur wegen ihrer Hunde zur Wahlurne gehen, sondern daß auch für sie ungleich wichtigere Dinge als die Hundesteuer eine bedeutende Rolle spielen.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat mit vollem Recht betont, daß derjenige, der sich in den heutigen schweren Zeiten einen Hund halten kann, schließlich auch die Hundesteuer aufbringen wird. In allen Fällen, in denen der Hund zu Wach- oder Zugzwecken benötigt wird, werden — das kann auch in dem Flugblatt nicht bestritten werden — auf Antrag sowieso Erleichterungen gewährt. Blindenführerhunde sind überhaupt von jeglicher Besteuerung ausgenommen. Ferner wird die Interessengemeinschaft auch nicht bestreiten wollen, daß sich allein in den letzten Jahren die Zahl der Hunde in Dresden von 8000 auf 18 000 vermehrt hat. Daß in Dresden aber die Hunde rudelweise wie in Konstantinopel herumlaufen, wird niemand wünschen. Die Stadtverordneten haben schließlich auch die Pflicht, den Ruf Dresdens als einer der saubersten Städte zu wahren, ganz abgesehen davon, daß hierbei auch die Hygiene von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist und daß die Tollwut, wie die Erfahrung leider lehrt, bei der ständig anwachsenden Hundezahl immer häufiger auftritt. Jedermann weiß, daß die Gemeinden heute ebenso wie Staat und Reich sehr unter einer finanziellen Misere leiden. Und auch Dresden hat seinen notleidenden und kranken Einwohnern, seinen hungernden Kindern gegenüber soziale Pflichten zu erfüllen, die allen viel höher stehen müssen als die Luxus- und Zierhündchen. Sich für pelzverbrämte Damen, die ihr Hündchen mit seidener Schnur, Höschen und seidenem Taschentüchlein spazieren führen, einzusetzen, steht der Interessengemeinschaft der Dresdner Hundebesitzer vielleicht besser an, als den Stadtverordneten, sich aber für die andern Hundebesitzer, denen, wie gesagt, auf ihren Antrag hin Erleichterungen zustehen, zu verwenden, dafür liegt für die Interessengemeinschaft wirklich kein Anlaß vor.

So bleibt also als einzige Bestimmung des Flugblattes nur die bürgerliche Wahlagitation übrig, und daraufhin sollten sich die Hundebesitzer die Führer dieser Interessengemeinschaft einmal etwas genauer ansehen.

Uns scheinen die Möglichkeiten, die Politik so im wahrsten Sinne des Wortes auf den Hund zu bringen, aber noch nicht erschöpft. Vielleicht — wir geben ihr den Rat — geht die Interessengemeinschaft Dresdner Hundebesitzer noch einen Schritt weiter und dressiert die 18 000 Dresdner Hunde darauf, daß sie jeden hundefeindlichen Stadtverordneten öffentlich auf der Straße verbellen!

Die Nacht im Zelt

Ein Leser schreibt uns: Es hat sich unter Wanderern immer mehr eingebürgert, die Fahrt schon Sonnabends anzutreten und die Nacht zum Sonntag im Schlafsack oder im Zelt im Freien zu verbringen. Das Gesetz aber behandelt solche Naturfreunde als „Verbrecher". Vor mir liegt ein Strafbefehl an einen jungen Arbeiter über 6 M. Strafe oder 2 Tage Haft. Warum? Er hat im Mai dieses Jahres im Freien „unbefugt" gezeltet und hat somit, da es im Bezirke der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt war, eine Verordnung — von 2. Dezember 1896 übertreten.

Ich glaube doch, daß in solchen Fällen ein Mißgriff vorliegt. Schließlich sind doch Sportler, die einmal im Schlafsack oder im Zelt nächtigen, nicht unter die Vagabunden zu rechnen. Wie stellt sich die Behörde das „befugte Nächtigen im Freien" vor? Vielleicht so: Zugabgang 5 Uhr, 1 Stunde Eisenbahnfahrt, darauf 4 Stunden Wanderung. Ich finde ein geeignetes Plätzchen zum Uebernachten. Nun suche ich die nächsten Grenzsteine, um festzustellen, wohin mein ausersehener Ruheplatz politisch gehört, tipple nach dem Ort, klopfe den Gemeindevorstand heraus, unterbreite diesem mein Anliegen und bitte um Auskunft, wo der Besitzer des auserwählten Zeltplatzes wohnt. Habe ich Glück, wohnt er im gleichen Dorfe, vielleicht auch bloß im nächsten. Also auf, zu ihm. Erbarmungslos wird auch er herausgeklopft, die Frage wegen der Uebernachtung wird auch hier wieder vorgebeichtet und dann habe ich vielleicht die gesetzlich unbedingt notwendige Genehmigung zum Uebernachten im Freien, aber erst mündlich. Um ganz sicher zu gehen, nehme ich lieber noch ein den gesetzlichen Ansprüchen genügendes Protokoll auf, und nun kann ich mich nach dem ausersehenen Ruheplatz zurückbegeben. Ich glaube aber, in den allermeisten Fällen würde dann von einer „gesetzlich erlaubten Uebernachtung im Freien" nicht mehr die Rede sein können.

Warum wird das Zelten den jungen Leuten dann immer wieder praktisch gezeigt? Ich erinnere nur zum Beispiel an das Lagerleben im Großen Garten auf der Eichwiese im Mai dieses Jahres anläßlich der Jugendherbergswoche. Dort wurde es doch auch als nachahmenswert gezeigt. Auf der andern Seite werden aber die Ausführenden strafrechtlich verfolgt. Wie reimt sich das?

Der Herbst hat nun seinen Einzug gehalten. Das Zelten verbietet sich jetzt langsam von selbst. Die Natur rüstet sich zum Winterschlaf und ich will hoffen, daß auch diese gesetzliche Bestimmung mit schlummern geht, aber für immer.

Die Saalinhaber fordern Steuer-Abbau

Der Landesverband der Saalinhaber in Sachsen hatte am Dienstag nach Dresden eine Versammlung einberufen, um zu den „verheerenden Folgen der hohen Lustbarkeitssteuersätze für das Saalgewerbe" Stellung zu nehmen. Der Landesverbandsvorsitzende Baum behauptete, daß die Lustbarkeitssteuer für das Saalgewerbe zu einer erdrückenden Kopfsteuer geworden sei, die das ganze Gewerbe lahmlege. Die Säle ständen leer, die Rentabilität habe aufgehört. Nur ein schleuniger und gewaltiger Abbau der Lustbarkeitssteuer im ganzen Lande könne das Saalgewerbe vor dem Ruin retten. Der Redner klagte auch über die starke Sonderbelastung des Saalgewerbes. Vor dem Kriege hätte sie 3 bis 4 Proz. des Umsatzes betragen, heute mache sie 28½ Proz. aus. Nicht weniger als zwölf verschiedene Sondersteuern drückten das Saalgewerbe. Festgestellt wurde auch, daß der Sport die Jugend in starkem Maße von den Tanzsälen fernhält und auch die Abstinenzbewegung dem Saalgewerbe viel zu schaffen macht. Nach kurzer Aussprache wurde nachfolgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Seit vielen Monaten können 30 bis 40 Prozent unsrer ländlichen Mitglieder keinen öffentlichen Tanz mehr halten, weitere 40 Prozent können nur noch bei bestimmten Gelegenheiten ihren Saal für öffentlichen Tanz ausnutzen und der Rest, ein kleiner Bruchteil des ganzen Gewerbes, kann unter den denkbar schwierigsten Anstrengungen den öffentlichen Tanz aufrecht erhalten. Einen großen Teil, wenn nicht den größten Teil Schuld trägt die den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht Rechnung tragende, in eine Kopfsteuer ausartende Lustbarkeitssteuer. Die Lustbarkeitssteuer in ihrer jetzigen Ausartung ist das Produkt einer Steuerpolitik, die zur Zeit starker Anfeindung ausgesetzt ist. Durch Einsicht der Reichsfinanzbehörde werden den Gemeinden jetzt wieder Steuerquellen zugeführt, die wieder reichlichere Zuflüsse für selbige ergeben. Mit Linderung der gemeindlichen Steuernöte muß nun aber auch ein Abbau der Lustbarkeitssteuersätze eintreten. Dies ist ein Gebot des Ausgleiches. Wir halten es für unsere Pflicht, die Behörden in letzter Stunde nochmals zu warnen, die Dinge einfach so weiter laufen zu lassen. Nur schnellste Erfüllung unsrer Wünsche kann die vollständige Stillegung einer weiteren Anzahl Betriebe aufhalten. Beweismittel anzuführen, halten wir für überflüssig, die Gemeinden und Bezirksverbände haben allerorts durch diese Steuer die Kontrolle über die Besucherzahl selbst in der Hand."

Ferner wurde noch beschlossen, die Aufhebung der Polizeistunde, die bereits in Berlin erfolgt sei, ganz energisch anzustreben.

Privatklage

Zwei Männer haben einander verklagt. Der erste den zweiten, weil dieser ihn geschimpft. Der zweite den ersten, weil dieser ihm eine Ohrfeige versetzte. Der erste hat außerdem die Frau des zweiten verklagt, weil diese behauptet hat, der erste hätte früher einmal einen regelrechten Meineid geleistet.

Der Amtsrichter schickt die für Klage und Widerklage der beiden Männer als Zeugin vorgesehene Frau in das Zeugenzimmer und schlägt den zwei Verbleibenden einen Vergleich vor.

„Sie werden entweder beide verurteilt oder beide freigesprochen. Es hat wirklich keinen Zweck, zu verhandeln. Einigen Sie sich! Einigen Sie sich auf gleichteilige Uebernahme der bisher entstandenen Kosten!"

„Ich bin zu sehr beschimpft worden," sagt der erste Mann zu seinem Rechtsbeistand, „aber wenn von der andern Seite alle Kosten übernommen . . ."

„Gar nicht daran zu denken! Sie! Sie haben mich doch geschlagen!" eifert der zweite.

„Sie mich etwa nicht! Und wer hat meinen Sohn gehauen?!"

„Bitter sich doch nich dazwischen gedrängt! Ueberhaupt hat mich auch Ihr Hund gebissen, Ihr Hundeviech!"

„Da kann ich doch nischt dafor!" schreit der erste und fängt dann an zu lachen.

„Jawohl, wir sind auch geschlagen worden," sagt der Rechtsbeistand, und zum Richter gewendet: „Es wird zu keinem Vergleich kommen."

Der Richter ist rot im Gesicht, und er schlägt mit der Hand auf das dicke Aktenkindel: „Na, da wird eben verhandelt!"

Aber der Zeuge Soundso sei doch gar nicht erschienen, entdeckt plötzlich der Rechtsbeistand.

„Es ist kein Ladungsvorschuß beim Gericht eingezahlt worden," stellt der Richter fest.

„Der Zeuge muß aber unbedingt gehört werden!"

„Dann müssen meine drei Zeugen aber auch noch her!" ruft der zweite Mann.

„Gut," sagt der Richter. Seine Augen funkeln. „Es bleiben demnach 20 M. Ladungsvorschüsse einzuzahlen." Dann, ingrimmig zu den Parteien: „Die Verhandlung wird vertagt!"

Die Parteien bleiben gleich im Saale. Der zweite Mann wird vom Kläger zum Zeugen, der erste Mann zum Kläger gegen die Frau des zweiten Mannes, diese wiederum von der Zeugin zur Beklagten.

Die Frau wird gerufen. Sie weiß von der inzwischen erfolgten Vertagung des ersten Termins noch gar nichts. Sie kommt hereingefegt, fühlt sich ganz als Zeugin und legt augenblicklich los.

„Halt, halt!" schreit der Richter und klärt auf. Die Frau guckt ihren Mann, dann den Kläger an. Sie begreift allmählich. Man fühlt, sie besteigt ein neues Pferd. Gleich folgt auch schon die Attacke:

„Jawohl, das hab' ich gesagt! Darf ich das vielleicht nicht? Ist denn das damals die Wahrheit gewesen? Kein Gedanke! Sähnse, sähnse . . ."

Und nun ist es, als ob sich eine Schleuse ergösse. Die Geschichte eines Hauses und seiner Bewohner wird in immer gesteigerten Tönen herausgesprudelt, herausgekreischt, herausgezischt. Die Frau gestikuliert heftig mit den Armen, sie ist einmal an dieser, einmal an jener Seite des Zeugentisches: „Das wollen wir doch erst mal sehn . . . wir sind zwei ganz ruhige Leute . . . wir sollen mit den Türen geklappt haben? . . . laut geschrien? . . . meine laute Stimme hat mir der liebe Gott geschenkt, wissen Sie, aber . . ."

Den Anwesenden schmerzen die Ohren. Der Richter sitzt verzweifelt. Er knetet sich die Finger und lauert auf den Moment, wo sich einhaken ließe. Endlich kommandiert er ein mächtiges „Halt!". Dann studiert er in den Akten und stellt schließlich fest, daß sich bezüglich des Meineides nichts feststellen läßt.

Beratung.

Als der Richter wieder in den Saal tritt, verkündet er einen Gerichtsbeschluß, wonach der gegenwärtige Termin auch vertagt werden muß, weil sich der Verhandlungsgegenstand von dem des vorhergegangenen Termins schlechterdings nicht trennen läßt.

Richter und Parteien taumeln aus dem Saal.

Die Beschwerdeschrift

Im Monat Februar dieses Jahres trat der bis dahin selbständig gewesene, 40jährige Kaufmann Paul Willibald Haeckel in ein Lohnverhältnis ein. Er besorgte sich daher von der zuständigen Steuerstelle ein Steuerbuch zum Einkleben von Steuermarken. Die endgültige Ausstellung war besonderer Familienverhältnisse halber für H. mit einigen Schwierigkeiten verbunden, die ihn ärgerten und von denen er annahm, sie seien auf Ungefälligkeit der Steuerbeamten zurückzuführen. Am 7. Juni nun traf bei H. eine von einer andern Steuerabteilung ausgefertigte Aufforderung zur Entrichtung einer Steuervorauszahlung ein, wie sie von selbständigen Steuerzahlern von Vierteljahr zu Vierteljahr zu leisten ist. Die ausfertigende Steuerabteilung für Vorauszahlung konnte aus technischen Gründen keine Kenntnis davon haben, daß H. seine Steuern durch den Arbeitgeber an die Steuerabzugsstelle abführte. Die bei H. eingegangene Zahlungsaufforderung enthielt am Schlusse einen gedruckten Passus, der im Falle des Ausbleibens der Zahlung eine Geldbuße von 50 M. oder aber einen Tag Haft ankündigte. Dieser Passus hat den Kaufmann geärgert. Er machte sich auf den Weg zum Finanzamt und beschwerte sich einem Obersteuerinspektor gegenüber über die „Ungehörigkeit, die eine Rüge verdiene". Der Inspektor sagte, nachdem die Sache aufgeklärt war, die Angelegenheit hätte sich nunmehr erledigt, und er behielt das betreffende Schriftstück als gegenstandslos geworden zurück. Damit wollte H. aber beileibe nicht einverstanden sein. Er reklamierte die Zahlungsaufforderung, und als er sie nicht wieder bekam, ließ er am 10. Juni eine gehaltvolle Beschwerdeschrift los. Darin bezeichnete er die obenerwähnte Strafklausel in der Aufforderung als „enorme Frechheit" und „freche Drohung", und hieran hing er noch eine Bemerkung, die den Steuerbeamten „grobe Nachlässigkeit und Faulheit" vorwarf. Da diese Beleidigungen kurz darauf wiederholt wurden und H. dabei erklärte, er wolle tatsächlich die Beamten beleidigen, stellte der Präsident des Finanzamts Strafantrag. H. erhielt daraufhin einen polizeilichen Strafbefehl über 100 M., erhob aber alsbald Einspruch.

Vor Eintritt in die Gerichtsverhandlung riet der Amtsrichter dem Angeklagten, den Einspruch doch lieber zurückzuziehen, da man nie wissen könne . . . H. ließ sich aber nicht abschrecken. Er wollte durchaus erproben, ob er „gegen die Herausforderungen des Finanzamts gerichtlichen Schutz genießen" würde. Er wurde schließlich zu 100 M. Strafe und zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt.

Die Gebühren des Geldverkehrs. Die Post hat mit Wirkung vom 1. November an die Gebühren des Geldverkehrs ermäßigt. Für Postanweisungen ist wieder ein Meistbetrag festgesetzt worden, und zwar 1000 Mark. Die neuen Postanweisungsgebühren betragen bis 25 M. 20 Pf., bis 100 M. 40 Pf., bis 250 M. 60 Pf., bis 500 M. 80 Pf., bis 750 M. 120 Pf., bis 1000 M. 160 Pf. Im Postscheckverkehr betragen die neuen Gebühren für Einzahlungen mit Zahlkarte bis 25 M. 10 Pf., bis 100 M. 20 Pf., bis 250 M. 30 Pf., bis 500 M. 40 Pf., bis 750 M. 60 Pf., bis 1000 M. 80 Pf. und bei Beträgen von mehr als 1000 M. (unbeschränkt) 1 M. Die feste Gebühr für Barauszahlungen im Postscheckverkehr ist von 20 auf 15 Pf. ermäßigt worden. Damit wird die im jetzigen Tarif bestehende Unstimmigkeit beseitigt, daß im Postscheckverkehr Barauszahlungen über Beträge bis 25 M. um einige Pfennige teurer sind als bei Versendung mit Postanweisung. Die Auszahlungsgebühr für Postkreditbriefe ist auf die Hälfte ermäßigt. Die neue Gebühr beträgt 10 Pf. für je 100 M. des Kreditbriefbetrages, mindestens aber 1 M. für jeden Kreditbrief.

Errichtung eines zweiten Hauptzollamtes in Dresden. Der Reichsfinanzminister plant die Errichtung eines zweiten Hauptzollamtes in Dresden. Die Bezirke der beiden Hauptzollämter sollen in der Weise gebildet werden, daß der links der Elbe gelegene Teil des bisherigen Hauptzollamtsbezirks Dresden dem Hauptzollamt Dresden-A., der rechtselbische Teil des jetzigen Hauptzollamtsbezirks Dresden unter Hinzunahme des Zollinspektions- und Hebebezirks Großenhain und des Hebebezirks Coswig aber dem künftigen Hauptzollamt Dresden-N., zugewiesen wird. Die Trennungslinie der künftigen Hauptzollamtsbezirke soll also durch den Lauf der Elbe gebildet werden.

Raubüberfall. Gestern abend gegen 9½ Uhr ist wiederum auf eine hier wohnhafte Dienstperson auf der Leunestraße ein Raubüberfall verübt worden. Ein unbekannter Mann, der dem Fräulein gefolgt war, entriß ihm plötzlich eine schwarze Lackledertasche, enthaltend eine silberne Damenarmbanduhr, ein Geldtäschchen mit 20 M. Inhalt und mehrere Schlüssel, und verschwand damit im Großen Garten. Der Unbekannte wird wie folgt beschrieben: etwa 35 bis 38 Jahre alt, 170 bis 175 Zentimeter groß, rundes Gesicht, vermutlich dunklen kurz geschnittenen Schnurrbart, bekleidet mit dunklem Anzug, schwarzem steifen Hut. Personen, die den Vorgang beobachtet und den Täter gesehen haben, werden nach der Kriminalpolizei gebeten.

Schadenfeuer in der Palmstraße. Am 7. Oktober, gegen 7¼ Uhr abends, hat in einer Wäscherei in der Palmstraße ein größeres Schadenfeuer stattgefunden. In einem Trockenraum des ersten Stocks ist die dort zum Trocknen aufgehängte Wäsche in Brand geraten. Dadurch ist ein erheblicher Gebäude- und Materialschaden entstanden. Nach den polizeilichen Erörterungen, die noch nicht abgeschlossen sind, dürfte Fahrlässigkeit eines dort aufhältlich gewesenen Kunden vorliegen.

Tod durch ausströmendes Leuchtgas. In ihrer Wohnung Nürnberger Platz wurde am Montag mittag eine 69 Jahre alte Privata entseelt aufgefunden. Ihr unfreiwilliger Tod war durch ausströmendes Leuchtgas herbeigeführt worden. — In Dresden-Seidnitz wurde am Montag abend in seiner Wohnung an der Traubestraße ein 28jähriger Mann, dessen Tod durch ausströmendes Leuchtgas herbeigeführt wurde, aufgefunden.

Der alte Unfug, auf einem gewöhnlichen Rade eine zweite Person mitzuführen, hat vorgestern nachmittag in Gittersee einen Unfall zur Folge gehabt. An der Ecke der Deutschen-Kaiser-Allee und der Alemannen-Allee kam ein junger Mann, der auf dem Hinterrad eines Radfahrers stand, so zu Fall, daß er bewußtlos auf der Straße liegen blieb. Er wurde mittels Krankenwagens nach dem Johannstädter Krankenhaus gebracht, wo er sich dann bald erholte.

Ein schwerer Straßenunfall trug sich am Montag abend in der neunten Stunde an der Ecke der Schandauer und Altenberger Straße zu. Dort wurde eine 68 Jahre alte, im ersten Stock eines Hinterhauses der Polenzstraße wohnhafte Witfrau beim Ueberschreiten der Fahrstraße von dem Triebwagen eines Straßenbahnzuges erfaßt und überfahren. Der Unglücklichen wurden beide Unterschenkel zermalmt. Man brachte sie nach dem Krankenhause Johannstadt.

Freiwillig aus dem Leben scheiden wollte eine in der Herbststraße wohnhafte 44 Jahre alte Ehefrau, die den Gashahn geöffnet hatte. Die an ihr zehn Minuten lang angestellten Wiederbelebungsversuche führten zum Erfolg.

2. Jugendweihe-Bezirk. Die Eltern, deren Kinder den Jugendweihe-Unterricht besuchen sollen, werden gebeten, die Kinder der 25., 31. und 68. Volksschule Donnerstag den 9. Oktober, nachm. 5 Uhr, in die 31. Volksschule, Junghansstraße (Herr Lehrer Hentschel, Junghannsstraße 25, 1), die Kinder der 32. 33. und 44. Volksschule Donnerstag, nachm. 4 Uhr, in die 44. Volksschule, Tolkewitz (Herr Lehrer Schulze, Ludwig-Hartmann Str. 14, 1) zur ersten Besprechung zu schicken, evtl. sollen die Eltern kommen.

Dresdner Umgebung

Weistropp. In der letzten Gemeindeverordnetensitzung wurde das Ortsgesetz über die kommunale Totenbestattung nun endlich verabschiedet. Jeder Einwohner hat Anspruch auf ein unentgeltliches Begräbnis in würdiger Form. Gewährt werden der Sarg und die Sterbewäsche, die Kosten des Totenbettmeisters und der Leichenfrau. Das freiwillige Tragen durch die Nachbarn soll beibehalten werden. Die Annahme des Ortsgesetzes ist ein schöner Erfolg für unsre Genossen im Gemeindeparlament, hat man doch die Einführung schon öfters abgelehnt mit der Begründung, daß keine Deckung vorhanden sei. Deshalb beantragten die Sozialdemokraten vor Jahresfrist die Errichtung einer Ortskohlenstelle, um die Einwohner billig mit Brennstoffen zu versorgen und um die Ueberschüsse zur Totenbestattung zu verwenden. Dadurch konnte ein schöner Grundstock angesammelt werden, der genügt, um die Kosten der Totenbestattung laufend zu bestreiten. Die bürgerliche Mehrheit konnte nun der Zustimmung zum Ortsgesetz nicht mehr ausweichen. Ihr Antrag, eine Sammlung zur Bildung eines Reservefonds zu veranstalten, wurde angenommen, doch ist diese Aengstlichkeit nicht angebracht. — Ein Antrag, Zuziehenden, die auswärts eine Wohnung haben, diese aber der Gemeinde nicht zur Verfügung stellen, keine Wohnung zuzuweisen, wurde einstimmig angenommen. — Eine lebhafte Debatte löste ein Antrag aus, der verlangte, bei Herrn Märbitz eine Wohnung, bestehend aus zwei Zimmern, zu beschlagnahmen. Der Antrag wurde aber schließlich angenommen. Als Rechnungsprüfer wurden Herr Kummer und Genosse Wehnert gewählt. — Die Einwohner von Weistropp ersehen aus der Einführung der unentgeltlichen Totenbestattung, daß die Sozialdemokraten im Gemeindeparlament die treibende Kraft sind. Es gilt nun, das Bestehende zu erhalten und auszubauen. Schafft darum den sozialdemokratischen Gemeindevertretern Rückenhalt durch Aufklärung der Einwohnerschaft und durch den Besuch der öffentlichen Gemeindeverordnetensitzungen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19241008/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Omsewitz. Infolge der anhaltenden Niederschläge hat sich fast allgemein eine sehr geringe Haltbarkeit der in diesem Jahre geernteten Kartoffeln ergeben. Anderseits hat ein verhältnismäßig großer Teil der Einwohnerschaft selbst Kartoffeln angebaut. Außerdem ist aber auch entgegen anderen Jahren das Angebot bedeutend größer. Aus den angeführten Gründen ist der Finanz- und Verwaltungsausschuß nach eingehender Erörterung zu dem Beschluß gekommen, in diesem Jahre von einer Belieferung der Einwohner mit Speisekartoffeln durch die Gemeinde abzusehen. — Um den Einwohnern Gelegenheit zu geben, sich für das nächste Jahr einwandfreie und preiswerte Saatkartoffeln zu beschaffen, ist die Gemeinde gewillt, die Belieferung durch den Saatbauverein (Landeskulturrat) zu übernehmen. Anmeldungen unter Angabe der Menge und Sorte (frühe oder späte) sind im Gemeindeamt abzugeben.

Parteinachrichten für Groß-Dresden

Parteisekretariat: Wettinerplatz 10, Hth. II. Fernsprecher: Nr. 18367 und Nr. 18476

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer Dresdens und Umgebung. Freitag, 4½ Uhr, wichtige Mitgliederversammlung in der Pelandschenstraße. — Ebenda 3½ Uhr Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses der A. f. L. Sachsens. — **Es wird um Verbreitung dieser Mitteilung gebeten, da die Anzeige in der Schulzeitung nicht erfolgen konnte.**

Altstadt, Gruppe 5. (Friedrichstadt.) Freitag den 10. Oktober, abends 8 Uhr, bei Pollack, Wachsbleichstr. Ecke Vorwerkstr., Sitzung für sämtliche Funktionäre. Es werden Kassenangelegenheiten geregelt und Berichte gegeben.

Die Gruppe Dresden-Altstadt 8 veranstaltet am nächsten Sonntag (12. Oktober) einen Ausflug nach der Rabenauer Mühle zum Besuch der Gruppen Rabenau und Umgebung. Genosse Wekel hält die Festansprache. Abmarsch der Mitglieder, die keine Bahn benutzen wollen, 4 Uhr vom Plauenschen Lagerkeller bzw. 1.14 Uhr ab Hauptbahnhof für diejenigen, die bis zur Rabenauer Mühle fahren wollen. 2 Uhr ab Habsburgerstraße für diejenigen, die mit der Straßenbahn fahren und dann durch den Grund marschieren wollen. Die Gruppen von Rabenau und Umgebung werden hierdurch eingeladen, an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

Neustadt, Gruppe 1. Freitag, abends 8 Uhr, in Schobers Restaurant, Meyer Straße, Gruppenversammlung. Bericht aus dem Gesamtvorstand. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.

Neustadt, Gruppe 2. Freitag den 10. Oktober, abends 8 Uhr, Gruppensitzung. Tagesordnung: Bericht aus der Vorstandssitzung. Parteiangelegenheiten. Vollzähliges Erscheinen ist dringend erwünscht. Sonnabend den 11. Oktober, abends 6½ Uhr, Gruppenwanderung in die Heide. Alle Mitglieder und Gäste willkommen.

Neustadt, Gruppe 3. Freitag abend 8 Uhr Gruppenversammlung im Görlitzer Garten, Görlitzer Str. 20. Vortrag des Genossen Lehrer Marx über: Sozialismus und Alkohol. Da der Vortrag 8 Uhr beginnt, wird gebeten, pünktlich zu erscheinen. Anschließend Vorstandsbericht. Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist recht zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Dresden-Neustadt, Gruppe 4. Freitag, 8 Uhr, im kleinen Saal der Reichskrone, Bischofsweg: Versammlung. Rezitationen ernstern und heiteren Inhalts des Genossen Wilibald Nagel. — Vorstandsbericht. — Außer den Genossen sind die Frauen und Jugendlichen besonders eingeladen.

Dresden-Neustadt, Gruppe 5. Freitag, 8 Uhr, im Johann-Meyer-Tunnel wichtige Gruppensitzung. Vorstandsbericht und Delegiertenwahlen. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist dringend erforderlich.

Neustadt, Gruppe 6. (Oppellvorstadt.) Freitag, 8 Uhr, im Restaurant Königswald, Fichtenstraße 15, wichtige Gruppensitzung. Vorstandsbericht: Wahl der Delegierten zur Kreisversammlung; Vorschläge und Anträge zur Ostsachsenkonferenz und Landesparteitag. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist Pflicht. Die Unterkassierer haben sofort beim Genossen Kreher abzurechnen und die Mitgliedsbücher zwecks Kontrolle einzuziehen.

Gruppe Waldschlößchen. Freitag den 10. Oktober, abends 7½ Uhr, im Gruppenlokal Verwaltungssitzung. Alle Funktionäre haben pünktlich zu erscheinen. Die Gruppenversammlung fällt diesmal aus.

Jungsozialisten Gruppe Neustadt. Mittwoch den 8. Oktober, Vortrag des Genossen Preller. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Treffpunkt 7 Uhr Albertplatz.

Gruppe Cotta. Freitag den 10. Oktober, 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Anker, Klopstockstr. Genosse Lehrer Dolitzsch spricht über Schulfragen. Delegiertenwahlen.

Gruppe Stetzsch, Cossebaude und Umgegend. Donnerstag den 9. Oktober, abends 7½ Uhr, veranstaltet der hiesige Siedlerverein im Restaurant zum Straßenbahnhof einen Vortragsabend über: Bodenreform und Heimstättenbewegung. Wer sich über diese Frage unterrichten will, ist herzlich willkommen.

Gruppe Kaitz, Strehlen, Leubnitz und Umg. Genossen, erscheint alle am 9. Oktober zur Gründungsversammlung für das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold im Bergschlößchen, Friebelstraße, Leubnitz-Neuostra. Beginn abends 7 Uhr. Redner: H. Kosler: Warum Schwarz-Rot-Gold?

Bezirk Trachenberge. Freitag den 10. Oktober, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Bergißmeinnicht. Bericht des Vorstandes. Delegiertenwahlen.

Gruppe Pieschen. Freitag, abends 8 Uhr, in Richters Restaurant, Ecke Mohn- und Markusstraße, Vortrag des Genossen Weckel: Erlebtes und Erschautes in Wien. Wir ersuchen alle Mitglieder zu diesem interessanten Vortrag zu erscheinen.

Gruppe Mickten, Kaditz, Uebigau, Trachau. Freitag den 10. Oktober, abends 7½ Uhr, Mitgliederversammlung im kleinen Saale des Goldnen Lamm. Genosse Landtagsabgeordneter Castan spricht über: Sächsische Politik. Delegiertenwahlen zur Kreisgeneralversammlung werden vorgenommen. Wir bitten die Genossen und Genossinnen, pünktlich zu erscheinen.

Bundestag der deutschen Bodenreformer

Lüneburg, 4. Oktober.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen sprach Volkswirt Dretter über Volkswirtschaft, Arbeitswissenschaft und Bodenreform. Er faßte seinen Vortrag zusammen in den Satz, daß ein rationell geführtes Wirtschaftsleben aus gesundem Egoismus gezwungen sein wird, höchste Menschenökonomie zu treiben im Sinne Fords!

Im Mittelpunkt der ganzen Verhandlungen stand der große Vortrag von Damaschke über Bauerntum und Bodenreform. Zum Schluß dieses Vortrages, der mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde und eine reiche Aussprache zeitigte, stellte er folgende 10 Gebote für Bodenreformer auf:

„Der Bund deutscher Bodenreformer betont von neuem seinen stets eingenommenen Standpunkt: Ohne eine gesunde Landwirtschaft ist kein Neuaufbau unsers Volkes möglich! Jedes Volk hat nur einen Bauernstand. Ihn zu erhalten und zu vermehren bedeutet zugleich, unersetzliche Quellen körperlicher und sittlicher Kraft unserm Volkstum sichern.

Während sehr weite Kreise unsers Volkes ihr Vermögen in Form von Reichs-, Staats- und Gemeindeanleihen, Hypotheken usw. fast völlig verloren haben, hat die Landwirtschaft ihr Vermögen in Grund und Boden erhalten, ja es durch Ablösung von Hypotheken wesentlich erhöhen können. Trotzdem befinden sich große Kreise der schaffenden Landwirtschaft in Not.

Jede Hilfe für sie umschließt die Gefahr, zugleich den Preis des Bodens zu erhöhen, auf dem die Arbeit verrichtet wird. Jede Bodenpreiserhöhung setzt sich spätestens beim nächsten Besitzwechsel, Verkauf oder Erbgang in erhöhte Schuldenlast um, eine gefährliche Erschwerung für jede Arbeit! Deshalb erscheint als Vorbedingung jeder dauernden Hilfe, daß ein Steigen der Grundrente möglichst vermieden, und, soweit sie nicht vermeidbar ist, für die Gesamtheit nutzbar gemacht wird.

Von solchen Grundgedanken aus stellt der Bund deutscher Bodenreformer folgende 10 Gebote auf:

1. Eine unbegreiflicherweise immer noch fehlende Aufnahme über die Verteilung des Eigentumsrechts am deutschen Boden.
2. Eine Einschätzung des Wertes des deutschen Bodens mit Hilfe der Selbsteinschätzung, die der Oeffentlichkeit zugänglich sein muß. Dabei ist alles, was durch Arbeits- oder Kapitalsaufwendung des Besitzers erzeugt ist, wie Verbesserungen, Baulichkeiten aller Art, in Abzug zu bringen.
3. Eine Steuer auf den nackten Bodenwert, die das Arbeitsland der Bauern, Parzellenbesitzer und Pächter schont, den großen Renten-Landbesitz gerecht erfaßt.
4. Eine Ersetzung aller andern Steuern für den schaffenden Landwirt durch diese reine Grundwertsteuer.
5. Eine Zuwachssteuer, die bei jedem Besitzwechsel die unverdiente Steigerung der Grundrente erfaßt. Ihre Erträge sind in erster Reihe für die Errichtung von Wohn-Wirtschaftsheimstätten zu verwenden.
6. Der Steuerwert des Bodens bildet die Grundlage der Entschädigung, wenn Land für öffentliche Zwecke erworben werden muß, insbesondere auch bei Abgabe von Siedlungsland, auch dem Großgrundbesitz.
7. Der Steuerwert gilt als Grundlage für eine gerechte Bemessung der Pacht. Daneben ist der Pachtschutz zu erhalten und auszubauen.
8. Der Steuerwert des Bodens bestimmt die Höhe der Verschuldungsgrenze, die einer erneuten Ueberschuldung unserer Landwirtschaft vorbeugen muß.
9. Die Sparkraft des Volkes ist für die Beleihung des Bodens zu organisieren. Zur Verhütung der mit der Kreditgewährung für die Landwirtschaft verbundenen Gefahren soll die Ausgabe von Hypotheken-Pfandbriefen zu diesem Zwecke öffentlich-rechtlichen und gemeinnützigen Anstalten vorbehalten sein. Der Landwirtschaft, insbesondere den kleinen Landwirten, sollen für alle Verbesserungen des Bodens, für alle Unterstützung der Arbeit billige, unkündbare Tilgungshypotheken erschlossen werden.
10. Der öffentliche Grundbesitz ist planmäßig zu vermehren, damit Landarbeiter, Kleinbauernsöhne usw. durch Zupachtung von öffentlichem Land auch ohne Kapital auf der sozialen Stufenleiter aufwärtssteigen können.

Nur die entschlossene Durchführung dieser Bodenreformgrundsätze wird verhindern, daß der deutsche Boden, die Grundlage alles nationalen Seins, den Charakter als Ware behält, der es früher oder später in die Gewalt des in- und ausländischen Spekulationskapitals führen müßte.

Deutsches Volk und deutsches Vaterland organisch zu verbinden, das ist das große Ziel, dem in Stadt und Land entschlossen zustrebt, wer an deutsche Zukunft glaubt!"

An den Vortrag von Damaschke knüpfte sich eine lebhafte Aussprache an, in der auf eine Anfrage des Vertreters der Landwirtschaftskammer (Hannover) von der Bundesleitung erklärt wurde, daß der Bund deutscher Bodenreformer nicht an eine Sozialisierung von Grund und Boden denke, sondern lediglich durch Gesetz und Steuern einen Mißbrauch mit ihm durch bloßen Rentengenuß und Spekulation verhindern wolle.

Mit Worten herzlichsten Dankes an die gastfreie Stadt Lüneburg und die Ortsgruppe Lüneburg schloß Damaschke die Tagung.

Gewerkschaftsbewegung

Die Entwicklung der Tariflöhne

Feststellungen in „Wirtschaft und Statistik" zeigen die Entwicklung der durchschnittlichen Nominal- und Realwochenlöhne wie folgt an:

Gelernte Arbeiter:

	Wochenlohn Nominal	Real	in Prozent des Vorkriegslohnes
1913	34,85 M.		100
April 1924	31,54 RM.	27,93 M.	81,3
Mai 1924	33,73 „	29,52 „	85,9
Juni 1924	35,52 „	31,26 „	91,0
Juli 1924	35,63 „	30,86 „	89,8
August 1924	35,76 „	31,29 „	91,9

Ungelernte Arbeiter:

	Wochenlohn Nominal	Real	in Prozent des Vorkriegslohnes
1913	24,— M.		100
April 1924	24,43 RM.	21,64 M.	90,2
Mai 1924	26,16 „	22,88 „	95,3
Juni 1924	27,16 „	23,90 „	99,6
Juli 1924	27,24 „	23,59 „	98,3
August 1924	27,85 „	23,93 „	99,7

Im Durchschnitt ergibt sich folgendes: Der Nominalstundenlohn betrug im August durchschnittlich für Gelernte 70 und für Ungelernte 50 Pf. Das entspricht einer Kaufkraft von 61 bzw. 44 Pf. oder 94 bzw. 107 v. H. des Vorkriegsstundenlohnes. Der tarifmäßige Wochenlohn stellte sich bei verlängerter Arbeitszeit durchschnittlich für gelernte Arbeiter auf nominal 35,76 M., real auf 31,29 M. = 91 v. H. und für ungelernte Arbeiter auf nominal 27,85 oder real 23,93 M. = 100 v. H. des Vorkriegswochenlohns (34,25 bzw. 24 M.). Im Verhältnis zu dem gleich Hundert gesetzten Lohn der ungelernten Arbeiter erreichte der tarifmäßige Mehrverdienst der Gelernten im August wie im Vormonat 31 v. H. gegen 43 v. H. vor dem Kriege.

Für die einzelnen Berufe ergibt sich folgende Entwicklung:

Gelernte:

	Wochenlohn Nominal	Real	Proz. in der Vorkriegszeit
Bergarbeiter	39,90 RM.	34,89 M.	91,4
Bauarbeiter	37,81 „	33,08 „	87,8
Holzarbeiter	34,45 „	30,14 „	95,9
Metallarbeiter	33,53 „	33,71 „	93,1
Textilarbeiter, männl.	27,35 „	23,93 „	91,4
Textilarbeiter, weibl.	19,69 „	17,23 „	99,2
Fabrikarb., Chem. Ind.	33,48 „	29,29 „	88,8
Fabrikarb., Papiererz.	24,— „	21,— „	97,6
Buchdrucker	35,96 „	31,47 „	95,8
Reichsbetriebsarbeiter	34,92 „	29,89 „	86,8

Ungelernte:

Bergarbeiter	31,02 „	27,14 „	109,3
Bauarbeiter	31,96 „	27,96 „	94,8
Holzarbeiter	29,31 „	25,64 „	112,6
Metallarbeiter	25,84 „	22,61 „	92,5
Textilarbeiter, männl.	22,08 „	19,32 „	90,4
Textilarbeiter, weibl.	15,73 „	13,76 „	95,7
Fabrikarb., Chem. Ind.	29,16 „	25,51 „	95,3
Fabrikarb., Pap.-Erz.	21,60 „	18,90 „	106,4
Buchdrucker	30,44 „	26,65 „	112,6
Reichsbetriebsarbeiter	26,52 „	23,20 „	97,9

Aus der Entwicklung geht deutlich das Mißverhältnis zwischen Lohn und Preis hervor. Nicht zuletzt beruht in dieser Drosselung die Ursache der gegenwärtigen Krise.

Die Dienstverhältnisse bei der Reichsbahngesellschaft

Der Behördenausschuß des Afa-Bundes vom Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten, des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, des Deutschen Werkmeisterverbandes sowie des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten angehören, hat sich in seiner letzten Sitzung erneut mit der Frage des künftigen Dienstverhältnisses der Arbeitnehmer der Deutschen Reichsbahngesellschaft beschäftigt, um die bevorstehende große Tagung der Afa-Verbände vorzubereiten. Er stellt noch einmal fest, daß zu der ersten Besprechung über den Entwurf für die Personalordnung, die am 2. September im Reichsverkehrsministerium stattfand, der Afa-Bund nicht eingeladen war, trotzdem die vorbezeichneten Afa-Verbände schon bisher die Hauptträger des Reichstarifs für die Angestellten bei den Reichsverwaltungen und Betrieben sind und der Abschnitt 14 Absatz 3 der Personalordnung die Regelung der Arbeitsbedingungen durch Tarifvertrag vorsieht. Die in dem Entwurf genannte Gruppe der sogenannten Kündigungsbeamten würde zwar hinsichtlich der Unsicherheit der sozialen Lage durch kurze Kündigungsfristen den Angestellten gleich werden. Soweit aber die Angestellten den Beamten gegenüber heute günstigere Schutzbestimmungen haben, würden die Kündigungsbeamten wiederum „Beamte" sein, d. h. das Betriebsrätegesetz bliebe auf sie ohne Anwendung.

Der Afa-Bund hält diesen Entwurf für unannehmbar und wird weitere Schritte einleiten, um den betreffenden Kreisen zu ihrem Recht zu verhelfen.

Vereins- und Versammlungs-Kalender

Elternvereinigung zur Förderung der freien Erziehungsschule an der 25. Volksschule. Donnerstag den 9. Oktober, abends 7 Uhr, im Nadelarbeitssaal der Schule: Beginn der Wintervorträge. Zahlreiche Beteiligung erwünscht, da dieselben von großem Wert für die weltliche Schule sind.

Zentralverband der Angestellten. Donnerstag den 9. Oktober, abends 7 Uhr, Fachgruppenversammlung der Angestellten des Baugewerbes im großen Sitzungssaale des Verbandsbureaus, Schützenplatz 20, Hinterhaus parterre. — Freitag den 10. Oktober, abends 7½ Uhr, Fachgruppenversammlung der Genossenschaftsangestellten im Dresdner Volkshaus, Ritzenbergstraße, großer Saal.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Dresden

Bezirk West. Die Zeitungen für Oktober können am Donnerstag von 6 bis 7 Uhr abgeholt werden.

Unsre Bezirksausschußsitzung findet am 12. Oktober [illegible] nicht wie mitgeteilt am 12. Oktober bei [illegible] statt. Erscheint alle pünktlich.

Gruppe Naußlitz. Donnerstag keine [illegible] sondern Diskussionsabend. Leiterin: Genossin [illegible].

Briefkasten

A. B., Jagdweg. Sparkassengeld kann bei allen Sparkassenstellen zur Aufwertung angemeldet werden. Zweckmäßig natürlich am besten bei der Stelle, von der das Buch ausgestellt ist.

Jugendgenosse Plauen. Natürlich hat der Schaffner nicht das Recht, in einem solchen Tone mit Ihnen zu reden. Es steht Ihnen in solchem Falle das Beschwerderecht zu. Der Schaffner ist selbstverständlich die Amtsperson im Straßenbahnwagen. Er kann sogar Fahrgäste von der Mitfahrt ausschließen. Dazu muß er aber einen triftigen Grund haben und muß sich, wenn gegen ihn Beschwerde erhoben wird, verteidigen können.

Radeberger Abonnenten. Eine Radio-Sendestation für Dresden ist lediglich durch das Reichspostministerium genehmigt. Wo sie aufgestellt wird und wann sie in Betrieb genommen wird, ist noch unbestimmt.

M. S., Geising. Die Adresse des Vortragskünstlers ist Annenstraße 57.

Alter Abonnent. Sie müssen bei der Kollektion, von der Sie das Los bezogen haben, anfragen.

Bezirksparteitag der S. P. D. / Bezirk Ostsachsen

Sonntag den 19. Oktober, vormittags 11 Uhr, im großen Volkshaussaale in Dresden, Ritzenbergstraße

Bezirks-Parteitag

Tagesordnung: 1. Das neue Bezirksorganisationsstatut. 2. Neuwahlen. 3. Stellungnahme zum Landesparteitag. 4. Anträge zum Landesparteitag. 5. Verschiedenes.

Die Wahl der Delegierten zum Bezirksparteitag erfolgt nach dem Statut dergestalt, daß auf 1000 Mitglieder ein Delegierter entfällt. Auf Restzahlen über 500 entfällt ein weiterer Delegierter. Als Berechnungsmaßstab gilt die Abrechnung vom 1. April 1924. Teilnahmeberechtigt mit beratender Stimme sind die Mitglieder der Reichs- und Landtagsfraktion des Bezirks sowie die im Statut vorgesehenen Korporationen. Die Unterbezirksleitungen haben die gewählten Delegierten mit Ausweisen zu versehen.

Der Bezirksvorstand Ostsachsen.

Wir bitten, gelesene Nummern der Volkszeitung nicht wegzuwerfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht jedes Parteigenossen, für sein Blatt und die Partei zu werben.

Ein Universitäts-Professor schreibt uns: „Auf Grund eigener wiederholter Untersuchungen muß ich sagen, daß das „Odol" ein ausgezeichnetes Antiseptikum für die Mundhöhle darstellt, und daß es sich ganz besonders zur täglichen Pflege der Zähne und des Mundes eignet. Das Zahnfleisch festigt es und die Zähne werden durch „Odol" vor Hohlwerden geschützt."

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19241008/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Anmeldung für die höheren Mädchenbildungsanstalten

In nächster Zeit beginnen die Schüleranmeldungen für das neue Schuljahr. Da sich hierbei erfahrungsgemäß in Elternkreisen eine große Unklarheit über das Wesen der verschiedenen Schularten zeigt, seien einige kurze Angaben hierüber gemacht. Die Höhere Mädchenschule umfaßt sechs Jahrgänge und setzt einen vierjährigen Besuch der Vorschule voraus. Sie entspricht in Aufbau und Zielstellung etwa einer Knabenrealschule. Dresden besitzt zwei städtische Höhere Mädchenschulen (Pirnaer Straße 15, Dresden-Altstadt; Weintraubenstraße 1, Dresden-Neustadt) und eine staatliche (Marschnerstraße 8). Die Altstädter Höhere Mädchenschule führt auf ihren Stufen 2 und 1 neben den Normalklassen einen fremdsprachlichen Zug mit verstärktem Französisch und Englisch, sowie einen mathematisch-naturwissenschaftlichen und einen praktisch-künstlerischen Zug, um möglichst allen Begabungsrichtungen gerecht zu werden.

Auf die Altstädter Höhere Mädchenschule (Pirnaer Straße) baut sich eine Frauenschule auf. Sie setzt das Reifezeugnis der Höheren Mädchenschule voraus oder verlangt eine durch Aufnahmeprüfung zu erweisende gleichwertige Vorbildung; sie umfaßt zwei Jahrgänge. Ihr wesentliches Ziel ist, den jungen Mädchen eine das Frauenleben wertvoll gestaltende Bildung zu vermitteln. Die jungen Mädchen werden in der Frauenschule, um auch äußeren Berufsanforderungen gerecht zu werden, entweder zu Kindergärtnerinnen oder zum Eintritt ins Wirtschaftsleben vorbereitet.

Die Neustädter Höhere Mädchenschule (Weintraubenstraße 1) besitzt als Oberbau eine Dreistufige Studienanstalt. Diese nimmt junge Mädchen auf, die die Abgangsprüfung einer Höheren Mädchenschule bestanden haben und führt sie bis zur Reifeprüfung. Das Reifezeugnis berechtigt zum Hochschulstudium. Der Lehrplan lehnt sich an den der Oberrealschule an, er betont die neueren Sprachen; Latein tritt nur als Wahlfach auf. Anmeldungen für die dreistufige Studienanstalt sind beim Oberstudiendirektor der Höheren Mädchenschule mit dreistufiger Studienanstalt im Geschäftszimmer, Weintraubenstraße 1, zu bewirken.

Als selbständige Schule befindet sich Weintraubenstraße 3 die Sechsstufige Studienanstalt. Diese setzt in der Regel den Besuch der drei unteren Klassen der Höheren Mädchenschule voraus; doch können sich auch begabte Volksschülerinnen nach siebenjährigem Schulbesuch der Aufnahmeprüfung unterziehen. Die Sechsstufige Studienanstalt entspricht in ihrem Aufbau zunächst einem Reform-Realgymnasium für Knaben ohne dessen drei Unterklassen, umfaßt also die Stufen Untertertia bis Oberprima. Latein ist auf allen Stufen Hauptfach. Mathematik und Naturwissenschaften haben besondre Bedeutung im Unterrichtsplane. Von Untersekunda an gabelt sich die Schule: neben das Realgymnasium mit Englisch tritt das humanistische Gymnasium mit Griechisch unter Zurücktreten der Naturwissenschaften. Das Reifezeugnis beider Zweige der Anstalt verleiht uneingeschränktes Recht zum Hochschulstudium.

An der staatlichen Höheren Mädchenschule (Marschnerstraße 8—10) wird zur Zeit der vierte Weg zur Hochschulreife bereitet: Die Deutsche Oberschule für Mädchen. Diese Schule ist neunstufig und legt das Schwergewicht auf die deutschen Bildungswerte. Außerdem werden zwei Fremdsprachen gelehrt. Die Studienberechtigung wird voraussichtlich ähnlich wie am Realgymnasium geregelt werden.

Zu Auskünften sind die Leiter der genannten Anstalten bereit.

Werde Mitglied der S.P.D.

Nach des Tages Hast.... „Ufa-Palast“

[f 330

Neu eröffnet! Neue Bewirtung!

Hotel und Restaurant Stadt Breslau

Dresden-N., Heinrichstraße 9

am Dienstag den 7. Oktober neu eröffnet alle der Neuzeit entsprechend renovierten Räume.

Hotel-Restaurant, Stehbierhalle, Ställe, Autoeinstellung

Insbesondere bieten

Küche u. Keller vom Besten das Beste

Hochachtungsvoll [f 390

E. Schreiber u. Frau, früher Hotel Auerbachs Hof, Chemnitz.

KUNSTLERHAUS

Albrechtstraße 6

FILM-VORTRAGE

Obering. **DREYER,** Hannover

10. Oktober, 8 Uhr abends

SÜDAMERIKA-FILM

I. Teil: **Ueberfahrt und Brasilien**

Ueberfahrt / Aequatortaufe / Anlaufhäfen / Rio de Janeiro, das Paradies Südamerikas / Santos, der bedeutendste Handelshafen / Bananen-, Apfelsinen-, Tabak- und Baumwollplantagen / Ansiedlungen.

11. u. 12. Oktober, **5 Uhr nachmittags**

Der neue COLUMBUS-FILM

Bau und Betrieb des Riesendampfers des

NORDDEUTSCHEN LLOYD BREMEN

32000 Br.-Reg.-Tonnen, 30000 Pferdestärken

Trickfilme und Wirklichkeitsaufnahmen in höchster Vollendung / Werftbetrieb / Stapellauf / Docken des Schiffes / Elektr. Ruderanlagen / Kreiselkompass / Oelfeuerung / Nachtsteuerung / Windstärke 10 / Szenen aus dem Seemannsleben / Küche und Keller / Inneneinrichtung / Neuyorker Leben und Treiben / Eisenbahn- und Hotelwesen.

11. und 12. Oktober, 8 Uhr abends

Erste WIEDERHOLUNG des SÜDAMERIKA-FILM

I. Teil: **Ueberfahrt und Brasilien.**

13. Oktober, 8 Uhr abends

Zweite WIEDERHOLUNG des SÜDAMERIKA-FILM

I. Teil: **Ueberfahrt und Brasilien.**

Kartenvorverkauf:

F. Ries, Seestr. 21, O. Reinicke, Hauptstr. 2, und im LLOYD-REISEBUREAU, Prager Str. 49.

[f 332

Reichenberg Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung, auf sämtl. Parteiliteratur und sonstige Bücher sowie Inserate für die Volkszeitung nimmt entgegen stets Aug. Petzold, Reichenberg, Luther Straße

Schöpfungsbericht u. d. Wissenschaft

zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10

Bestellungen

auf die Dresdner Volkszeitung, sämtl. Parteiliteratur und Inserate nimmt entgegen Kolporteur Kluge Dresden-Oberpoyrd in Wilsdruffer Str. 6b

KAMMER-LICHT-SPIELE

WILSDRUFFER-STRASSE 29

FERNRUF-17060

Tausende

haben in der letzten Woche den

Naturfarbenfilm

Lotosblume

Die Geschichte einer Madame Butterfly

5 Akte 5 Akte

gesehen und waren begeistert von der märchenhaften Farbenpracht und hingerissen von der ergreifenden Handlung dieses

Wunderwerkes der Filmkunst.

Wegen der enormen hohen Herstellungskosten besteht vorläufig keine Aussicht, einen zweiten Naturfarbenfilm herzustellen, wir haben uns daher entschlossen, den Film

eine weitere Woche

auf dem Spielplan zu belassen.

Jugendliche haben Zutritt.

[f 322

Neue Schuhpflege!

Wenn Sie auf elegantes Aussehen Ihrer Schuhe Wert legen, so dürfen Sie nicht Unmassen farbiger, harziger, unangenehm riechender Schuhcreme auftragen. In wenigen Tagen ist das empfindliche Leder unansehnlich und wird brüchig und hart. Benutzen Sie deshalb die farblose überfettete

wohlriechende Edelcreme

Tuberan.

Sie gibt schon in kleinen Mengen einen samtweichen Glanz, verhärtet nie und ist im Gebrauch in der Tube für Haushalt und Reise höchst sauber, sparsam und praktisch. Alte unansehnliche Schuhe werden wie neu. Für feines Schuhwerk unentbehrlich.

Preis für die Tube 50 Pf.

In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

A.-G. Abt. Tuberan, Dresden-N. 6. [f 380

Zeit ist Geld!

Berechnungstabellen f. Krankenkassen-, Erwerbslosen- und Invaliden-Versicherungsbeiträge der Arbeitnehmer sowie Steuerabzugstabelle.

Diese Tabellen ersparen ½ Arbeitszeit.

Volksbuchhandlung ✶ Wettinerplatz 10

URANIA

12 Monatshefte und 4 wertvolle Bücher vierteljährlich nur 1.25, mit geb. Buch 1.80 M.

Probehefte u. Prospekte

Zu beziehen durch:

Volksbuchhandlung und ihre Filialen.

Tappert, Wettinerstraße

Für [f 380

4 alte Platten 1 neue Platte

Abonnements auf die **Dresdner Volkszeitung**

Bestellungen auf alle Partei- und sonstige Literatur nimmt entgeg. Richard Wissner Buchhdlg., Inh. E. Leichsenring, Leipziger Straße 53.

el. 14380 ¾8 Uhr

Tymians Thalia-Theater

Neust., Görlitzer Str. Elektr. Linien 5 u. 7

Der Spiritismus in der Küche

[f 281

Der Mars kommt!

Der tolle Schlager!

Dazu herrliche leb. Lieder u. Soloszenen

Beifallssalven! Lachstürme!

Kleine Preise! Alle Vorzugskarten gültig!

Schweizerhäuschen Schweizer Str. 1. Straßenb.-L. 15, 10, 5 Jeden Mittwoch

Volkstümlicher Tanz. [f 331

Vereinszimmer an einigen Wochentagen frei.

Elysium Räcknitz

Endstation Linie 6

Morgen Donnerstag

Gr. Blumen-Ballfest

Saal und Kegelbahn für Vereine und Klubs noch frei [f 420

Wäsche-Extra-Angebot

Damen-Hemden 210, 185,	1.25
Damen-Beinkleider 275, 250,	1.75
Damen-Prinzeßröcke 750, 525,	3.90
Damen-Untertaillen 195, 175,	95 ₰

Martin Liegner

Textilwaren für d. täglichen Bedarf

Freiberger Str. 123 (an der Bismarckbrücke). [f 127

PELZE billig gut solid

S. Jungnitsch, Kl. Plauensche Gasse 11.

Telephon 17209. — Teilzahlungen. [f 29

Staunend billig

Durch günstigen Einkauf bin ich in der Lage, Textilwaren, Weißwäsche, Strümpfe, Herren- u. Damen-Konfektion, Schuhwaren usw. zu außergewöhnlich billigen Preisen verkaufen zu können.

Herren-Anzüge	von 25.— an
Damen-Kleider	von 7.90 an
Bettwäsche, 1 Bezug, 2 Kissen, ca. Linon bestickt	12.—
Bettwäsche, 1 Bezug, 2 Kissen, ca. Stangenleinen	13.—
Barchent-Herrenhemden	von 2.80 an
Barchent-Damenhemden	von 3.— an

Ein Posten Dam.-Beinkleider, Unterröcke u. Hemden von 3.50 an

Es bietet Euch die günstige Gelegenheit für jedermann, ob reich, ob arm, für wenig Geld gute Qualitäten einzukaufen. Niemand versäume, von meiner Offerte Gebrauch zu machen.

Nur Wettinerstraße 11

bei **Hochmann.**

Bitte genau auf die Hausnummer 11 zu achten [f 380

Sport • Spiel • Körperpflege

Schwarz-Rot-Gold!

Der Vorsitzende des Arbeiter-Turn- und Sportbundes erläßt [i]n der neuesten Arbeiter-Turn-Zeitung folgende Bekanntmachung:

In einigen unsrer Vereine ist es wegen der Zugehörigkeit zum [R]eichsbanner Schwarz-Rot-Gold zum Streit gekommen. Während [v]erschiedene Vereine glaubten, sich korporativ dem Reichsbanner [an]schließen zu müssen, verbieten andre Vereine sogar ihren Mit[g]liedern die Zugehörigkeit zu dieser Organisation. In verschiedenen [V]ereinen ist es zu Beschimpfungen der Mitglieder ausgeartet.

Im Prinzip haben wir zu erklären, daß ein korporativer An[sch]luß unsrer Vereine an das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold eben[so] wenig stattfinden kann, wie die Zugehörigkeit zum Roten Front[kä]mpferbund, zur Internationalen Arbeiterhilfe oder sonstigen [E]inrichtungen der Parteien. Wir müssen es unsern Mitgliedern [se]lbst überlassen, in ihren politischen Parteien und deren Einrich[tu]ngen tätig zu sein.

Neuerdings ist uns mitgeteilt worden, daß das Reichsbanner [Sch]warz-Rot-Gold besondere Turn- und Sportabteilungen ins [Le]ben rufen will. In einem Schreiben an uns teilt uns der [Bu]ndesvorstand vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mit, daß sie [ni]cht daran denken, solche Abteilungen zu schaffen. Sollten örtlich [sol]che Gründungen dennoch erfolgt sein, so bitten wir um Benach[ric]htigung.

C. Gellert.

Arbeiter-Turn- und Sportbund. Freie Turnerschaft [...]bitz: 11. Oktober Herbstsportfest im Goldenen Lamm. 12. Ok[tob]er, früh 7¼ Uhr, Treffen zum Waldlauf an der Waldvilla. — [Fr]eier Turn- und Sportverein Dresden-Altstadt. [...] Abteilung (innere Altstadt). Sonnabend den 11. Oktober [Na]chtwanderung in den Grillenburger Wald. Treffen 7 Uhr Haupt[bah]nhof (Kuppelhalle). Sonntagskarte bis Tharandt (0,60 M.) — [Tu]rner und Sänger, Uebigau-Mickten. 11. Oktober, [... U]hr, in der Lindenschänke außerordentliche Generalversammlung. [Ersc]heinen aller ist Pflicht. — Verloren! Beim Städtespiel gegen [...]nburg ist im Umkleideraum eine Weste verloren gegangen und [ein] Portemonnaie gefunden worden. Abzuholen bzw. ab[zuge]ben im Sporthaus Klügel, Schäferstraße 19.

Die deutschen Turn- und Sportverbände. An der Deutschen [Hoch]schule für Leibesübungen wurden in den letzten Wochen Lehr[gäng]e für westdeutsche Schüler abgehalten, die mit einer körperliche [und] geistige Leistungen wertenden Prüfung abgeschlossen wurden. [Es] mußte u. a. ein Aufsatz geschrieben werden über das Thema: [Der] Reiz des Sports; es galt einige leichtathletische Uebungen zu [mach]en und endlich 10 Fragen zu beantworten. Von den gestellten [Fra]gen dürfte vor allem eine die besondere Teilnahme unsrer Leser [erwe]cken? Name und Mitgliederzahl der größten deutschen Turn- [und] Sportverbände? Sie ist wie folgt zu beantworten: Deutsche [Tur]nerschaft 1,7 Million, Deutscher Fußballbund 1 Million, Arbeiter-Turn und Sportbund über 900 000, Deutsche Sportvereinigung für Leibesübungen 400 000, Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität 300 000, Deutscher Schwimmverband 800 000, Deutsch-österreichischer Alpenverein 300 000, Verband Deutsche Jugendkraft (katholischer Verband) 150 000, Deutscher Ruderverband 100 000. Diese Zahlen geben Zeugnis dafür ab, daß die Arbeiter-Sportbewegung ständig wächst und an Bedeutung immer mehr zunimmt. Schon jetzt rangiert der Arbeiter-Turn- und Sportbund mit seiner Mitgliederzahl von über 900 000 an dritter Stelle in der Liste der größten deutschen Turn- und Sportverbände. Der Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität folgt an fünfter Stelle, während der „große" Bund Deutscher Radfahrer in der Liste der über 100 000 Mitglieder zählenden Sportorganisationen nicht zu finden ist.

Turnspielbekanntgaben. Faustball. Serienspiele, 1. Kl.: Rippien 1 — Cunnersdorf 1 56:87. Kleinkarsdorf 1 — Rippien 2 87:63. Welschhufe 1 — Welschhufe 3 91:63. Rippien 1 — Kleinkarsdorf 1 118:98. Rippien 1 — Rippien 2 96:72. Rippien 2 — Cunnersdorf 1 101:100. Bannewitz 1 zurückgezogen, Welschhufe 2 nicht angetreten. 2. Klasse: Bannewitz 2 — Welschhufe (Männer) 62:54. Bannewitz (2. Männer) — Cunnersdorf 2 65:44. Bannewitz (1. Männer) — Kleinkarsdorf 2 69:36. Rippien 3 — Cunnersdorf 2 50:30. Bannewitz (1. Männer) — Welschhufe (Männer) 88:73. Bannewitz 2 — Cunnersdorf 2 70:49. Welschhufe (Männer) — Bannewitz (2. Männer) 58:54. Bannewitz (1. Männer) — Rippien 3 71:37. Welschhufe (Männer) — Cunnersdorf 2 87:26. Bannewitz (2. Männer) — Rippien 3 46:27. Kleinkarsdorf 2 und Welschhufe 4 nicht angetreten. Die Spiele der 1. Klasse sind beendet und zeigen folgendes Bild: Welschhufe 1 12, Rippien 1 10, Cunnersdorf 1 und Rippien 2 je 6, Kleinkarsdorf 1 4, Welschhufe 2 und Welschhufe 3 je 2 Punkte. — Schlagball. Pieschen 1 — Kaditz 1 58:47. Fortschritt 1. J. — Plauen 1. J. 98:88. — Raffball. Pieschen 2. Turnerin. — Kaditz 2. Turnerin. 4:2. Pieschen 1. Turnerin. — Friedrichstadt 1. Turnerin. 0:8. Pieschen 1. J. — Cotta 1. J. 8:1. Pieschen 2 — Coschütz 1 9:2. Pieschen 1 — Kaditz 1 9:5. Fortschritt 1 — Reick 1 7:4. Fortschritt 1. J. — Plauen 1. J. 5:3. Fortschritt 2. J. — Striesen 1. J. 7:1. Fortschritt 2. J. — Zschachwitz 2. J. 0:7. Fortschritt 1. Turnerin. — Neustadt 1. Turnerin. 0:4.

In Cunnersdorf kommen Sonntag (12.) folgende Spiele zum Austrag: 1,30 Uhr, Raffball: Welschhufe 2 — Possendorf 1; 2,40 Uhr: Welschhufe 1 — Rippien 1. Schlagball, 3,50 Uhr: Cunnersdorf 1 — Welschhufe 2. — Pieschen. 11. Okt. Versammlung, 8 Uhr. Jugend 6½ Uhr.

Vortragsabende. Die 1. Gruppe des Bezirks Dresden (Arbeiter-Turn- und Sportbund) hat in ihrer letzten Vereinsvertretersitzung beschlossen, während der Wintermonate Vortragsabende mit zeitgemäßen Themen zu veranstalten. Die Abende sollen die Mitglieder in verschiedene wissenschaftliche Gebiete einführen. Nur durch gute Wissensschätze ist es möglich, Kämpfe mit Gegnern erfolgvoll zu bestehen. Der erste Vortragsabend findet am 23. Oktober in der Aula der Oberrealschule, Seevorstadt, Vitzthumstraße, statt. Genosse Redakteur Paul Hennig wird das Thema: Kultur und Arbeiterbewegung behandeln. Es ist Pflicht aller Vereine, für guten Besuch dieses Abends zu sorgen.

V. f. v. W. (Gruppe West). 8. Oktober, 7½ Uhr, Gruppenversammlung im Turnerheim, Hebbelstraße; 6½ Uhr Vorstandssitzung daselbst.

T.-V. Naturfreunde. Plauenscher Grund. 12. Okt. Tageswanderung nach Gottleuba mit Besichtigung der natur- und völkerkundlichen Sammlungen des Forschungsreisenden Walter Stötzner. Abf. 6,10 Uhr vom Hptbhf. nach Gottleuba (S.-K.)

Arbeiter-Samariter-Kolonne. Dresden-Neustadt, 3. Bezirk. 10. Oktober Uebung und Vortrag des Genossen Racora in der Schule Melanchthonstraße.

Mascagnis Urteil über die deutsche Musik, das er kürzlich in Wien bei Gelegenheit eines Interviews abgab, beweist aufs schönste sein tiefes Verständnis deutscher Eigenart und seine ehrliche Bewunderung deutscher Kunstschöpfungen. Er sprach mit Begeisterung von den großen Musikern Deutschlands und von den Anregungen, die er selbst von ihnen empfangen. Aber auch den deutschen Leistungen auf anderen Gebieten, z. B. auf dem der Industrie, wird der italienische Meister mit dem gleichen vorurteilslosen Verständnisse gerecht. So bezeichnete er einmal (in einem Schreiben an Exzellenz Lingner) ein führendes Erzeugnis der deutschen hygienisch-kosmetischen Branche, das weltbekannte „Odol", als „das Ideal der Mundwässer". In dieser Kritik stimmt er übrigens mit seinem ebenfalls berühmten Landsmann Puccini überein, der sich in ähnlicher Weise äußerte und sein Loblied auf das klassische Mundwasser mit dem anagrammatischen (geistreichen) Wortspiele „Lodo Odol" („Ich lobe Odol") begann. Es gibt eben doch Schöpfungen und Dinge deutscher Herkunft auf den verschiedensten Gebieten, deren Vollendung und Ueberlegenheit die ganze Welt gerechterweise anerkennen muß.

Pfaff Nähmaschinen
sind weltbekannte Meisterwerke der Nähmaschinen-Industrie.
Neuzeitliche Möbelformen.
Erleichterte Zahlung!
Ziegelstr. 18/19 **Schmelzer** An der Frauenkirche 20

Verantwortlich für Politik: Kurt Heilbut, Freital; für Gewerkschaftliches: Hans Finsterbusch; für Sachsen: Max Sachs; für Dresdner Chronik, Aus der Umgebung: Franz Holzapfel, für den Unterhaltungsteil: Paul Rochmann, sämtlich in Dresden; für Lokales aus Freital: Kurt Heilbut, Freital; für Inserate: Max Weichold, Dresden. — Druck und Verlag von Kaden & Comp., Dresden.

Freitaler Vereinshausbau-Lotterie

Ziehung am 14. Dezember 1924

Greifen Sie zu für eine Mark!

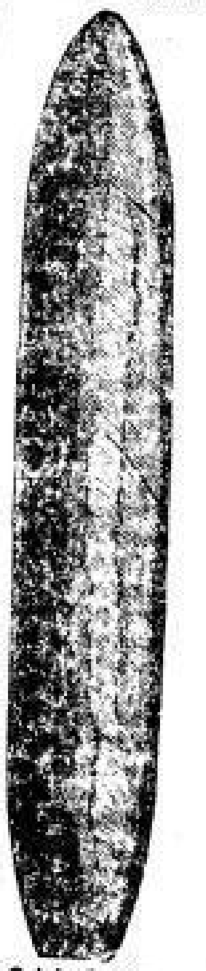
Ist Ihr Los eine Niete, dann senden Sie es mit dieser Anzeige und 30 Pf. — in Hartgeld oder Papiergeld — für Spesen usw. bis zum 10. Januar 1925 an die Vereinshausgeschäftsstelle **Freital**, Untere Dresdner Straße 120, I.

Es kann Ihnen ein **Trostpreis** bis zu **1000 Rentenmark in bar** aus dem Lotterie-Reingewinn bis zum 1. Februar 1925 zufallen, der Ihnen zutreffendenfalls übersandt wird. [h 533]

Trikot-Reste
Normal-Hemden
Normal-Hosen
Normal-Kinder-Anzüge
Trikot-Günther
40 Wilsdruffer Str. 40

Auf
Teilzahlung
!! Streng solide Preise !!
Herren-, Damen- u. Kinder-
Garderoben
Schuhwaren
Bettwäsche, Inlette
Federn, Gardinen
Kleiderstoffe
usw.
Sehr bequeme, erleichterte Zahlungsbedingungen!
Schwarz & Co.
4 Wallstraße 4
[279]

Johannes Hammer
Tabakfabrikate
Dresden-A.
Waisenhausstr.
Central-Theater



Originalgröße
Tortosa
unsortiertes
Bremer Fabrikat
15 Gold-Pfennig
100 Stück **13** Gold-Mark
Versand franko
Reb. Central-Theater

Waffelbruch
Einzelabgabe, täglich frisch wieder zu haben
Waffelfabrik / Kaiser Straße 22
H. Vollmann M. Hromadkas Eidam

Neue
Militärhosen
Stück 4 Mark [w 101]
Kesten, Oberseergasse 3

Arbeitshosen, — echt schwarz — [...] **O. Kunath**, Hamburger Str. 66.

Reine Zeitungs-Makulatur
Kilo 10 Pf., verkauft
Dresdner Volkszeitung
Wettinerplatz 10.

Sehr preiswert!
1 Partie
Muster-Wintermäntel
9.50, 12.50, 17.50
Sportjacken
prima 10.50.
Dresdner [279]
Damen-Konfektion
Pillnitzer Str. 19.

Beamte! Lest die Volkszeitung

Aus dem Wirtschaftsleben

Die Berichte der preußischen Industrie- und Handelskammer über die wirtschaftliche Lage im Monat September bestätigen, daß sich unsere wirtschaftliche Lage etwas gebessert hat. Die Absatzkrise dauert zwar noch an, aber in geringem Maße hat der Absatz doch zugenommen. Im Ruhrrevier nahm die Kohlenförderung zu, die Zahl der Feierschichten verminderte sich; immerhin mußten noch 325 000 Feierschichten eingelegt werden. Im oberschlesischen Kohlenrevier blieb die stärkere Nachfrage auf Grobkohle beschränkt, der Absatz der kleineren Sortimente war unbefriedigend, da die Hauptabnehmer für diese Kohlensorten, die Kalk- und Zementindustrie und die Ziegeleien, nicht voll arbeiten. Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier nahm der Absatz zu und die Zahl der Feierschichten ging zurück. Die Kaliindustrie hat sich gehoben, bei der Eisenindustrie ist jedoch dem kurzen Aufflackern nach dem Zustandekommen des Londoner Abkommens eine Verflauung der Märkte gefolgt. Die Lage der Maschinen- und Lokomotivenindustrie ist nicht einheitlich, so wird in der Berliner und Kasseler Industrie über Auftragmangel geklagt, während in der elektrotechnischen Industrie die im August eingetretene leichte Besserung auch noch im September anhielt. Aus den verschiedenen Zweigen der Textilindustrie wird ein besserer Geschäftsgang gemeldet, ebenso aus der Margarine- und Tabakindustrie. Ein Zeichen für den krisenhaften Zustand unsrer Wirtschaft war

die Zunahme der Konkurse

im Sommer dieses Jahres. Nach den Bekanntmachungen im Reichsanzeiger sind bis zum 10. September dieses Jahres eröffnet worden:

im Monat	Konkurse	Geschäftsaufsichten	zusammen
Mai	353	692	1045
Juni	712	1018	1730
Juli	1148	568	1716
August	849	378	1227

Man kann nicht behaupten, daß der Krise allzu viele Unternehmungen zum Opfer gefallen sind. Die Anzahl der Konkurse erreicht kaum die Ziffern der Vorkriegsjahre, in denen monatlich etwa 900 bis 1000 Konkurse eröffnet wurden. Auch bei der Hinzurechnung der Geschäftsaufsichten kann von einer übermäßigen Ausdehnung der in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Unternehmungen nicht gesprochen werden. Nur zehn Prozent der Konkurse fallen auf Firmen, die schon vor dem Kriege bestanden haben und 90 Prozent auf Nachkriegsgründungen. Es handelt sich also hier meist um Inflationsblüten, die jetzt geknickt worden sind, und man muß es beinahe bedauern, daß nicht eine gründlichere Aufräumungsarbeit geleistet wurde, denn daran, daß wir an einem Uebermaß von Unternehmungen, besonders im Handel, kranken, kann gar kein Zweifel sein, und im Interesse unsrer Volkswirtschaft läge es, wenn die Zahl dieser überflüssigen Betriebe viel stärker vermindert würde. Ein schweres Hindernis für die Gesundung unsrer Wirtschaft ist es, daß gerade jetzt die Preise steigen. Der für 100 Waren festgestellte Großhandelsindex der Frankfurter Zeitung zeigt wieder ein erhebliches

Steigen des Preisniveaus

an, dieser Index ist in den letzten 14 Tagen von 134,27 auf 139,45 gestiegen, also um 3,9 Prozent. Die Hauptursache dieses Aufstieges liegt bei den Lebens- und Genußmitteln, wo eine Zunahme des Index von 10,2 Prozent zu verzeichnen ist. Auch in der Gruppe Leder und Textilien ist der Index gestiegen, und zwar um vier Prozent. Bei der Gruppe Mineralien ist eine kleine Abnahme, bei der Gruppe Industrielle Endprodukte nur eine bedeutungslose und bei der Gruppe Verschiedenes eine verhältnismäßig geringe Zunahme des Index zu verzeichnen. Es ist aber natürlich zu befürchten, daß die Verteuerung der Nahrungsmittel auch bald wieder zu einem Steigen der Preise für die übrigen Waren führt. Mit 139,45 ist der Index der Frankfurter Zeitung jetzt ungefähr ebenso hoch wie im Januar mit 140. Den höchsten Stand hatte der Index nach den Berechnungen der Frankfurter Zeitung am 15. April mit 146,56 und den niedrigsten Stand am 17. Juli mit 128,52 erreicht. Seit der Zeit des niedrigen Standes beträgt die Zunahme also nahezu zehn Prozent. Die Preise unsres wichtigsten Brotgetreides, des Roggens stehen jetzt nun glücklich um mehr als 50 Prozent über dem Vorkriegspreis, in dem noch der Zoll von 55 Mark enthalten war. Schon mehrfach ist hier von den Ursachen der hohen Getreidepreise die Rede gewesen, sie sind zum Teil auf

die schlechte Welternte

zurückzuführen. Im Jahre 1913 wurden für einen Bushel Roggen in Chikago 66 Centimes gezahlt, am 3. Oktober 1924 131 Centimes, also eine Preisverdoppelung. Da der Roggenpreis jetzt 50 Prozent über dem Friedensstande liegt, ist er wesentlich mehr gestiegen als das allgemeine Preisniveau. Der amtliche Großhandelsindex stellt sich zur Zeit nur auf 131. Die Landwirte können mit der jetzigen Preisentwicklung sehr zufrieden sein, da die im Getreide ausgedrückte Kaufkraft gegenüber andern Erzeugnissen eher gestiegen als gesunken ist. Kali- und Stickstoffpreise erreichen heute nur etwa 90 Prozent des Vorkriegsstandes. Würde man unter diesen Umständen die Getreidepreise noch durch den Zoll um 55 Mark erhöhen, so wäre das in keiner Weise zu rechtfertigen und für die Verbraucher unerträglich. Auch ein großer Teil der Landwirte, die gerade in diesem Jahre Getreide zukaufen müssen, würden geschädigt. Zu dem starken Steigen der Getreidepreise mögen auch die Lügen über den Ausfall der Ernte beigetragen haben, die den Ausfall der Ernte als viel ärger dargestellt haben, als er tatsächlich ist. Der deutsche Weizen soll allerdings in einem Zustand geerntet sein, der seine Backfähigkeit in hohem Grade in Frage stellt. Darauf ist es wohl auch zurückzuführen, daß die Roggenpreise sich jetzt den Weizenpreisen stark genähert haben, während gewöhnlich der Weizenpreis erheblich über dem Roggenpreis steht.

Mit dem 1. Oktober tritt der neue Syndikatsvertrag für

die Ruhrkohle

in Kraft. Der Syndikatspreis ist zwar um zehn Prozent herabgesetzt worden, aber tatsächlich dürften sich aus dem Inkrafttreten des Syndikatsvertrages für die Verbraucher eine Verteuerung der Kohle ergeben, weil besonders in Süddeutschland Kohle unter den jetzt geltenden Deputatpreisen verkauft wurde.

Schon seit jeher suchen große Betriebe sich für ihren Bedarf Kohlenzechen zu sichern. Die im sogenannten Anilinkonzern eng miteinander verbundenen großen chemischen Unternehmungen Deutschlands haben jetzt ihre Kohlenbasis wesentlich verbessert. In der Generalversammlung der badischen Anilin- und Sodafabrik machte Professor Dr. Bosch über die Vorgänge nähere Mitteilung. Der Anilinkonzern ist nach der Eisenbahn der größte Kohlenverbraucher Deutschlands. Die badische Anilin- und Sodafabrik hat schon im Jahre 1907 gemeinsam mit andern chemischen Fabriken eine Kohlenzeche, die Gewerkschaft Auguste Viktoria, erworben. Diese Zeche vermochte aber nur einen Teil des Brennstoffbedarfes der angeschlossenen Firmen zu decken. Der Anilinkonzern war bisher durch Vertrag mit dem über einen großen Kohlenbesitz verfügenden Rheinstahlwerk verbunden. Nach dem neuen Syndikatsvertrag genügt aber ein derartiger Verkaufsvertrag nicht mehr, um die Inanspruchnahme der Rechte zu rechtfertigen, die den sogenannten Selbstverbrauchern vom Kohlensyndikat eingeräumt sind, es müssen vielmehr 35 Prozent der Aktien eines Unternehmens von dem andern erworben werden. Ein entsprechendes Abkommen ist nun mit den Rheinstahlwerken abgeschlossen worden, und jetzt ist in den Selbstverbraucherausschuß des Kohlensyndikats dem Anilinkonzern das Recht des Selbstverbrauchers zugestanden worden. Bei den Lieferungen an die sogenannten Selbstverbraucher sind die einzelnen Zechen nicht den Beschränkungen unterworfen, die sonst das Kohlensyndikat seinen Mitgliedern für den Kohlenabsatz auferlegt.

Man erwartet jetzt, daß amerikanisches Kapital im großen Umfange nach Europa, und besonders nach Deutschland auswandert und so zu seinem Wiederaufbau beitragen werde. Fritz Zutrauen gibt in der Vossischen Zeitung eine Uebersicht über

die Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten von Amerika.

Daraus ergibt sich unter anderm, daß im Jahre 1922 aus den Vereinigten Staaten von Amerika 997 Millionen Dollar Kapital nach dem Ausland floß, während der Kapitalzufluß nur 359 Millionen Dollar betrug. Es ergab sich also ein Ueberschuß für die amerikanische Kapitalanlage im Ausland von 638 Millionen Dollar. Im Jahre 1913 floß nach den Vereinigten Staaten 125 Millionen Dollar Kapital, während die Vereinigten Staaten nur 410 Millionen Dollar im Ausland anlegten, hier ergibt sich also ein Ueberschuß der in Amerika angelegten ausländischen Kapitalien. Dieser Umschwung erklärt sich im wesentlichen aus der allgemeinen Kapitalflucht aus europäischen Ländern mit sinkender Valuta in den Dollar. Der amerikanische Ausfuhrüberschuß ist von 754 Millionen Dollar im Jahre 1922 auf 389 Millionen Dollar im verflossenen Jahre gesunken. Hingegen sind die Ausgaben für den amerikanischen Touristenverkehr von 360 Millionen Dollar im Jahre 1922 auf rund 500 Millionen Dollar im Jahre 1923 gestiegen.

Aus aller Welt

Die Zeppelin-Ozeanfahrt am Donnerstag?

Das Luftschiff Z. R. 3 wird heute Mittwoch die geplante kurze Probefahrt ausführen. Das Schiff ist vollkommen klar zum Aufstieg gemacht worden und hat bereits diejenigen Mengen Benzin, Wasser, Oel, Postsachen und sonstigen Ballast aufgenommen, die es zur Ueberfahrt mit sich nehmen soll. Auch die Lebensmittel zur Proviantierung der Mannschaft sind bereits verstaut worden. Die Besatzung sowie die verschiedenen meteorologischen Funkstationen sind davon verständigt worden, sich von Donnerstag an für die große Ueberfahrt bereitzuhalten. Da die Witterungsberichte wesentlich günstiger lauten, ist beabsichtigt, noch in dieser Woche, höchstwahrscheinlich schon am Donnerstag vormittag 8 Uhr zur großen Transozeanfahrt aufzusteigen, falls das Wetter auch weiterhin günstig bleiben sollte. Bei der Abfahrt des Luftkreuzers werden Vertreter des Reichsverkehrsministeriums, der württembergischen Regierung, der Stadt Friedrichshafen anwesend sein. Sonstige Veranstaltungen sind nicht geplant. Die Route, die das Schiff nehmen wird, wird erst am Abfahrtstage endgültig festgelegt werden.

Mit dem Segelboot gekentert. Ein Segelbootunglück ereignete sich auf der Elbe bei Ochsenwärder. Der 40jährige Kaufmann Oskar Brandt hatte am Sonnabend nachmittag den Hamburger Hafen mit seinem Segelboot verlassen, begleitet von seiner 38jährigen Frau und seinem 12jährigen Sohn. Bei Ochsenwärder stieß das Boot aus noch unaufgeklärter Ursache mit einem Schleppdampfer zusammen und kenterte. Alle drei Insassen fielen ins Wasser. Obwohl vom Dampfer aus sofort Hilfe geleistet wurde, gelang es nur, den 12jährigen Knaben zu retten, während der Kaufmann Brandt und seine Frau, trotzdem Brandt ein geübter Segler und gewandter Schwimmer war, den Tod in den Wellen fanden.

Mit 90 000 Mark verschwunden. Ein junger Bankbeamter namens Barthel, der aus angesehener Familie stammt, übernahm in Ulm ein sehr gutgehendes Butter- und Käsegeschäft und bezog seine umfangreichen Warensendungen mittels Schwindelakzepte aus Kempten. Sodann verschleuderte er zu lächerlichen Preisen die so erlangte Ware. Aus dem Erlös kaufte er sich zwei Automobile, verschaffte sich die nötigen Ausweispapiere und verschwand mit 90 000 Goldmark angeblich nach Italien. Eine Reihe kleiner Leute büßten durch seine Schwindeleien ihr ganzes Vermögen ein.

Lawinensturz in den Alpen. In Turin wurde eine Abteilung Alpenjäger, die im Tale von Susa militärische Uebungen abhielt, von einer niedergehenden Lawine verschüttet. Bisher konnten die Leichen eines Offiziers und eines Soldaten geborgen werden.

Hundert Millionen Defizit in Wembley. Die Sensation des Tages in London ist die Feststellung, daß die Reichsausstellung in Wembley mit der größten Pleite abschließen wird, die eine Ausstellung jemals erlebt hat. Das Defizit, das gedeckt werden muß, wird im günstigsten Falle auf 4 Millionen Pfund geschätzt, wahrscheinlich wird es aber höher sein und 6 Millionen Pfund (120 Millionen Goldmark) betragen. Zur Deckung dieses Defizits ist nur ein kleiner Garantiefonds vorhanden, der nur annähernd 1 Million Pfund beträgt. Man führt den Mißerfolg in Wembley auf das schlechte Wetter und auf die Unmöglichkeit, die Ausstellung am Sonntag offen zu halten, sowie auf die Ueberschätzung der Zahl der erwarteten Besucher zurück. Man hatte 30 Millionen Besucher angenommen, es werden aber im günstigsten Falle 18 Millionen Personen die Ausstellung bis zu ihrer Schließung am 18. November besucht haben.

Automobilunglück bei Glasgow. In der Gegend von Glasgow hat sich ein schweres Automobilunglück ereignet. Ein Autoomnibus, in dem sich 20 Personen befanden, rannte gegen eine Mauer und wurde vollkommen zerstört. Zehn Personen wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Die Opernübertragung aus dem Münchner Nationaltheater auf das öffentliche Fernsprechnetz München ist jetzt in Betrieb genommen. Rund 1000 Fernsprechteilnehmern erschließt sich damit die Gelegenheit, allabendlich die Oper zu Hause zu hören. Um auch den an das Fernsprechnetz noch nicht angeschlossenen Publikum Gelegenheit zu geben, die Opern des Fernsprechers zu hören, werden Opernhörstuben an verschiedenen Stellen der Stadt errichtet, deren erste am 4. Oktober eröffnet werden wird.

„Ein Spiel ums Leben" betitelt sich der große Saschafilm, der zur Zeit in den M.-S.-Lichtspielen, Moritzstraße 10, läuft. Ein wahres Prachtwerk regie- und phototechnischer Arbeit, ein Beweis, auf welche künstlerische Höhe ein Spielfilm gehoben werden kann, ohne seine Anziehungskraft auf das Publikum zu verlieren. Der logische und überaus spannende Aufbau der Handlung, die prunkvolle Ausstattung sowie die naturgetreue Wiedergabe des deutschen und Wiener Gesellschaftslebens verhelfen dem Film zu seinem großen Erfolg. Außer diesem Film läuft eine amerikanische Groteske und „Die Samland-Bäder", eine herrliche Naturaufnahme von der ostpreußischen Bernsteinküste.

Konsumverein Vorwärts

Wir liefern unsern Mitgliedern jetzt wieder regelmäßig wie in früheren Jahren

Brennstoffe aller Art

Diese werden bis auf weiteres zu den nachstehenden Preisen abgegeben:

	Je Zentner ab Lager:	Je Zentner frei Keller:
Brikette:		
Halbsteine oder Salon-	M. 1.15	M. 1.25
Industrie- oder Würfel-	M. 1.15	M. 1.25
Braunkohlen: (nur Tiefbaukohle)		
Ossegger oder Brucher	M. 1.75	M. 1.90
Milada oder gleichwertige Sorten	M. 1.15	M. 1.30
Steinkohlen:		
oberschlesische, gewaschen (Nüsse oder Würfel)	M. 2.—	M. 2.15
Hüttenkoks:		
oberschlesischer oder niederschlesischer in gangbarer Körnung, etwa 24/40 mm	M. 2.50	M. 2.66
Gaskoks:		
Dresdner, in gangbarer Körnung	M. 1.90	M. 2.05

Die Lieferung der Brennstoffe frei Keller der Genossenschaftsmitglieder kommt nur für Mengen von 5 Zentner an aufwärts in Frage. Die Abholung der Brennstoffe von den mit der Bezeichnung

„Konsum-Kohlen-Versorgung"

versehenen Lagerplätzen
in der Altstadt (Hopfgartenstraße 19)
in der Neustadt (Alaunplatz)
für Löbtau (Löbtauer Straße 22/24)
in der Friedrichstadt und in Striesen
(die genaue Lage der letzten beiden Plätze wird noch bekanntgegeben) kann vom 15. Oktober 1924 an in Mengen von 1 Ztr. aufwärts erfolgen.

Auf alle Brennstoffpreise erhalten die Mitglieder unsrer Genossenschaft Rückvergütungsscheine.

Bestellungen auf Brennstoffe (auch zur Abholung von den Lägern) werden nur in unsern Verteilungsstellen entgegengenommen.

w 154]

Der Vorstand.

Radfahrer! Billige Bezugsquelle! Händler und Reparateure erhalten Rabatt! Schon der kleinste Einkauf ist lohnend. Preisliste auf Wunsch. **J. Leimer** Dresden-A. [illegible] Am Schießhaus 23, Nähe Wettiner Bahnhof

Sanitäre Gummiwaren Leibbinden, Spülapparate usw. Dauerwäsche [illegible] **Willy Lehmann** Waisenhausstraße [illegible] neben d. Central-Theater

Obstbäume Beerenobst Rosen usw. liefert anerkannt preiswert Baumschule [illegible] Reicker Str. 65, Tel. [illegible] Gegründet 1878

[illegible] Praktische Geschenkartikel für jede Gelegenheit

Postkarten mit Photographie schon von 4 Stück [illegible] Photographie R. Zähnig, nur Marienstr. 12 Sonnt. 11–3. [illegible]

Sie wollen billig einkaufen. Sie können bei mir haben: [illegible] Albertstraße [illegible]

Alte **Schallplatten** tauscht und kauft **Noack** Bürgerwiese 8.